Jahresabschluss 2019

WEITERE BERICHTSFORMATE DER GIZ





Integrierter Unternehmensbericht 2019 berichterstattung.giz.de









PDF Dokumente zur Corporate Governance

INHALT

2 BERICHT DES AUF-SICHTSRATS AN DIE **GESELLSCHAFTERIN**



- 11 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
- 13 Wirtschaftliche Lage
- 18 Anteil von Frauen im Vorstand, Aufsichtsrat und Kuratorium
- 18 Ausblick

JAHRESABSCHLUSS 2019

- 24 Bilanz
- 26 Gewinn- und Verlustrechnung
- 27 Anhang 2019
- 27 Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung
- 27 Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- 30 Erläuterungen zur Bilanz
- 36 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
- 38 Sonstige Angaben
- 40 Angaben zum Aufsichtsrat und zum Vorstand
- 41 Entsprechenserklärung von Aufsichtsrat und Vorstand
- 42 Anlage zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2019

44 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

48 Impressum

BERICHT DES AUFSICHTSRATS AN DIE GESELLSCHAFTERIN

SITZUNGEN

Der Aufsichtsrat der GIZ kam im Jahr 2019 zu vier ordentlichen Sitzungen zusammen. Der Prüfungsausschuss hielt eine Sitzung ab. Der Ständige Ausschuss tagte achtmal.

PERSONALIA

Im Geschäftsjahr 2019 gab es im Aufsichtsrat folgende personelle Änderungen:

Herr Staatssekretär Wolfgang Schmidt übernahm auf Beschluss der Gesellschafterin das Amt von Frau Parlamentarische Staatssekretärin Christine Lambrecht als Aufsichtsratsmitglied zum 27. Juni 2019. Weiterhin bestellte die Gesellschafterin mit Wirkung zum 1. April 2019 Frau Staatssekretärin Antje Leendertse, welche das Amt von Herrn Staatssekretär Walter J. Lindner übernahm.

Aufseiten der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter schied Herr Jens Neumann zum 31. Mai 2019 aus dem Aufsichtsrat aus; für ihn rückte Frau Christiane Einfeldt als Ersatzmitglied in das Gremium nach. Herr Dr. Stephan Krall schied zum 31. Juli 2019 aus dem Gremium aus; ihm folgte Frau Dr. Wibke Thies als neues Aufsichtsratsmitglied nach. Frau Mariella Regh legte ihr Amt zum 31. Dezember 2019 nieder; Nachfolger ist Herr Stefan Mager.

Herr Staatssekretär Wolfgang Schmidt wurde in den Prüfungsausschuss gewählt und übernahm zugleich den Ausschussvorsitz. Frau Dr. Wibke Thies übernahm zudem die Funktion der zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates.

BERATUNG UND ÜBERWACHUNG DES VORSTANDS

Die Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand erfolgte auch im Berichtsjahr 2019 auf einer vertrauensvollen Basis. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat laufend über die Geschäftspolitik, den Gang der Geschäfte sowie über die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft. Der Aufsichtsrat konnte im Rahmen seiner Sitzungen auf dieser Grundlage seiner Beratungs- und Überwachungsfunktion gegenüber dem Vorstand gerecht werden. Er war in die für das Unternehmen wichtigen Entscheidungen einbezogen, hat den Vorstand in zentralen Fragestellungen beraten und nach eingehender Prüfung entsprechende Zustimmungen erteilt. Folgende Themen sind dabei besonders hervorzuheben:

- Der Aufsichtsrat bestellte Herrn Thorsten Schäfer-Gümbel zum Vorstandsmitglied und als neuen Arbeitsdirektor der GIZ.
- Erstmalig wurde eine sog. Strategiesitzung des Aufsichtsrats durchgeführt, in der es u. a. zu einem Austausch zu der geplanten GIZ-Unternehmensstrategie 2020–2022 und der aktuellen Personalstrategie kam. Ein weiterer Punkt war der Austausch zur Arbeit in Afghanistan. Zudem wurde der Reformprozess des BMZ "BMZ 2030" vorgestellt.
- Der Aufsichtsrat stimmte der vorgelegten Finanz-, Investitions- und Personalplanung für das
 Jahr 2020 zu. Danach plant die GIZ für das Jahr 2020 mit einem leichten Rückgang der Auftragseingänge bei einem Anstieg des Geschäftsvolumens. Auch der Personalkörper der GIZ wird
 mit Blick auf diesen Anstieg voraussichtlich in allen Mitarbeitergruppen weiterwachsen. Dieser
 Anstieg wird jedoch voraussichtlich unterproportional zur Erhöhung des Geschäftsvolumens
 ausfallen.
- Des Weiteren ließ sich der Aufsichtsrat regelmäßig über die Geschäftsentwicklung des steuerpflichtigen Geschäftsbereichs der GIZ (International Services) berichten. Das Geschäftsjahr 2019
 wurde erneut, auch unter der Berücksichtigung eines negativen Effekts aufgrund einer nachträglichen Steuerforderung aus Saudi-Arabien, mit einem positiven Betriebsergebnis und einem
 positiven Jahresergebnis abgeschlossen.

- Der Aufsichtsrat stimmte dem Abschluss einer sog. Abstandsvereinbarung für die Liegenschaft Friedrich-Ebert-Allee 40 in Bonn zu. Diese Abstandsvereinbarung steht im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Auflösung des Mietvertrages aufgrund der Fertigstellung des sog. Campus-Neubaus am Sitz der GIZ in Bonn.
- Der Aufsichtsrat erteilte zudem seine Zustimmung zu der Anpassung und Ergänzung der Richtlinien der GIZ zur Durchführung und zum Aufwendungsersatz bei Übersiedlungen. Die Änderungen betrafen die Neuberechnung der Aus- und Heimreisepauschalen und der Pauschalen im Falle einer sog. Direktumsetzung sowie eine Regelung zu sog. Relocation-Service-Leistungen.
- Der Aufsichtsrat stimmte schließlich der Beschaffung weiterer Softwarelizenzen für eine digitale Arbeitsplattform für virtuelle Zusammenarbeit im Unternehmen zu.

BERICHTE DES VORSTANDS

Der Vorstand kam auch im Jahr 2019 seinen Berichtspflichten nach. Er berichtete regelmäßig über die Geschäftsentwicklung der GIZ, die im Geschäftsjahr 2019 erneut positiv war.

Außerdem stellte er dem Aufsichtsrat unter anderem die Langfristige Unternehmensplanung für die Jahre 2020–2022 vor. Diese Planung gibt einen Überblick über durchgeführte Umfeldanalysen und die Einschätzungen der GIZ zur Marktentwicklung.

Der Aufsichtsrat wurde zudem über die Maßnahmen zur IT-Sicherheit informiert. Die GIZ arbeitete im Jahr 2019 intensiv und laufend an der Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Des Weiteren wurde Ende November 2019 flächendeckend eine Multifaktor-Authentifizierung eingeführt. Eine weitere wichtige Maßnahme zur Erhöhung der IT-Sicherheit im Jahr 2019 war die in Umsetzung befindliche flächendeckende Einführung eines Mobile Device Managements.

Der Aufsichtsrat ließ sich ausführlich über die Lage in Afghanistan nach dem Anschlag am 2. September 2019 in Kabul informieren.

Der Vorstand berichtete schließlich im Aufsichtsrat über den Stand und die Entwicklung der Gleichstellungspolitik in der GIZ sowie zu Planungen betreffend die Errichtung eines Campus am Sitz der GIZ in Eschborn.

JAHRESABSCHLUSS 2019

Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüfer die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften einschließlich der ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Es wurde bestätigt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt und dass der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht sowie insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft gibt und dass die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt werden.

Der Aufsichtsrat billigte in seiner Sitzung am 30. Juni 2020 das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 durch den Abschlussprüfer und den vom Aufsichtsrat eingesetzten Prüfungsausschuss.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterin, den Jahresabschluss 2019 festzustellen und die Geschäftsführung zu entlasten.

Berlin, den 30. Juni 2020

Martin Jäger

Harteni

Vorsitzender des GIZ-Aufsichtsrats

Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

LAGE-BERICHT 2019

I. GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN

A. UNTERNEHMEN

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH ist ein gemeinnütziges Bundesunternehmen mit Sitz in Bonn und Eschborn. Sie unterstützt die Bundesregierung dabei, ihre Ziele in der internationalen Zusammenarbeit (IZ) für nachhaltige Entwicklung sowie in der internationalen Bildungsarbeit zu erreichen. Als wirtschaftlich agierendes Unternehmen steht die GIZ für Qualität, Effizienz und Innovation.

Die GIZ ist in rund 120 Ländern weltweit aktiv. Die langjährige Präsenz vor Ort und weltweite Netzwerke in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft schaffen die Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit vielen Akteuren.

Weltweit hat die GIZ 22.199 Mitarbeiter*innen – davon arbeiten 68,1% als nationale Mitarbeiter*innen, die außerhalb Deutschlands vor Ort beschäftigt sind. Hinzu kommen 556 Fachkräfte, die als Entwicklungshelfer*innen für die GIZ im Einsatz sind. Darüber hinaus vermittelt CIM¹ Fachkräfte an lokale Arbeitgeber. Zum Jahresende 2019 hat CIM 777 Integrierte und Rückkehrende Fachkräfte an lokale Arbeitgeber in den Einsatzländern vermittelt beziehungsweise finanziell oder durch Beratungs- und Serviceleistungen unterstützt.

Die GIZ steht für effektive grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Wissensvermittlung sowie Kompetenzentwicklung und deckt im internationalen Vergleich ein einmaliges Spektrum an Arbeitsfeldern ab. Die GIZ verfügt über mehr als 50 Jahre Erfahrung in unterschiedlichsten Feldern – angefangen bei der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung über den Aufbau von Staat und Demokratie, die Förderung von Frieden, Sicherheit, Wiederaufbau sowie zivile Konfliktbearbeitung, die Sicherung von Ernährung, Gesundheit und Grundbildung bis hin zu Energiefragen, Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz. Je nach Bedarf, Region und Kontext kombiniert die GIZ ihre Dienstleistungen zu maßgeschneiderten Lösungen.

Das Spektrum reicht von fachlichen Beratungsdienstleistungen über individuelle Fortbildungen, die Stärkung von Organisationen und Institutionen bis hin zu Vernetzungs-, Dialog- und Mediationsdienstleistungen, Projektmanagement sowie Beschaffungs- und Logistikdienstleistungen.

Wichtigster Auftraggeber der GIZ ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Darüber hinaus ist die GIZ für weitere Bundesressorts – darunter das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), das Auswärtige Amt (AA), das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und das Bundesministerium der Finanzen (BMF) -, für Bundesländer sowie für öffentliche und private Auftraggeber im In- und Ausland tätig. Regierungen anderer Länder, die Europäische Kommission, die Vereinten Nationen sowie regionale und multilaterale Entwicklungsbanken, aber auch private Stiftungen wie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung beauftragen die GIZ mit eigenen Vorhaben oder beteiligen sich an Vorhaben der Bundesressorts. Auch mit der Privatwirtschaft arbeitet die GIZ über Aufträge und Kofinanzierungen eng zusammen und unterstützt ihre Auftraggeber durch das erfolgreiche Zusammenspiel von Entwicklungsmaßnahmen und außenwirtschaftlichen Aktivitäten.

Neben dem gemeinnützigen Geschäftsbereich (GnB) wird die GIZ mit Zustimmung der Bundesregierung auch im steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbereich International Services (InS) von internationalen Auftraggebern direkt beauftragt.

Zu diesen internationalen Auftraggebern zählen neben der Europäischen Union (EU) auch nationale Regierungen, bilaterale und multilaterale Geber sowie Auftraggeber aus der Privatwirtschaft. Darüber hinaus werden Aufträge von Deutschen Öffentlichen Auftraggebern bei International Services geführt, sofern diese nicht dem Gemeinnützigen Bereich zuzuordnen sind.

¹ Das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) ist eine Arbeitsgemeinschaft der GIZ und der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit. CIM mobilisiert im Rahmen von Personalvermittlungsprogrammen für lokale Arbeitgeber in Partnerländern hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte. Im Programm "Integrierte Fachkräfte" werden deutsche und europäische Expertinnen und Experten für Einsätze von bis zu sechs Jahren vermittelt. Im Programm "Rückkehrende Fachkräfte" werden ausländische Fachkräfte nach einem Studium, einer Ausbildung oder einer Arbeitstätigkeit in Deutschland unterstützt, um in ihren Herkunftsländern entwicklungspolitisch bedeutsame Positionen zu übernehmen.

B. STRATEGIE

Die Ausrichtung der GIZ ist geprägt von den Trends und Entwicklungen im Umfeld des Unternehmens. Für die GIZ sind insgesamt acht Haupttrends gegenwärtig von zentraler Bedeutung, aus denen sich Chancen und Risiken für das Unternehmen ableiten lassen.

ENTWICKLUNGEN UND TRENDS IM UMFELD DER GIZ

TREND 1: FRAGILITÄT UND GEWALTSAME KONFLIKTE KENNZEICHNEN EINEN GROSSEN TEIL DER PARTNERLÄNDER

Fragile Länder weisen einen gravierenden Mangel in mindestens einer der folgenden drei Dimensionen auf: Der Staat ist nicht in der Lage, grundlegende Dienstleistungen zu erbringen; das staatliche System genießt keine hinreichende Legitimität; der Staat besitzt auf seinem Territorium nicht das Gewaltmonopol. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geht davon aus, dass die Anzahl der Menschen, die in fragilen Staaten leben, von 1,8 Milliarden (2016) auf 2,3 Milliarden im Jahr 2030 steigen wird. Fragile Staatlichkeit schwächt dabei nicht nur die innere Sicherheit von Staaten, sondern bedroht darüber hinaus auch die regionale und globale Sicherheit. Stabilisierung und Friedensförderung sind daher in den letzten Jahren neben nachhaltiger Entwicklung immer mehr zu einem zentralen Ziel für die internationale Zusammenarbeit und die Politik der Bundesregierung insgesamt geworden.

TREND 2: FLUCHT UND MIGRATION BEEINFLUSSEN DIE INTERNATIONALE AGENDA

Menschen verlassen ihr Zuhause aus vielfältigen Gründen: Krieg, Naturkatastrophen, Klimawandel oder wirtschaftlichen Krisen. Insgesamt waren Ende 2018 weltweit rund 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht. Viele suchten Zuflucht in anderen Ländern, doch der weitaus größte Teil war innerhalb des eigenen Heimatlandes auf der Suche nach Schutz. Für die Auftraggeber der GIZ nimmt das Thema nach wie vor einen hohen Stellenwert ein.

TREND 3: DER TECHNOLOGISCHE WANDEL VERÄNDERT PARTNERLÄNDER UND DIE ARBEITS-WEISE DER GIZ

Der technologische Wandel ist ein wesentlicher Treiber für geopolitische, ökonomische und gesellschaftliche Transformation. Insbesondere bei digitalen Technologien haben Entwicklungs- und Schwellenländer das Potenzial, einzelne technologische Entwicklungsstufen zu überspringen und schneller zu Industrieländern aufzuschließen.

TREND 4: DIE BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS BLEIBT UNVERÄNDERT DRINGLICH

Die Folgen des Klimawandels gefährden Lebensgrundlagen, verschärfen Konflikte und machen Gegenden zeitweise oder dauerhaft unbewohnbar. Die klimabedingte Migration nimmt zu. Die Auswirkungen des Klimawandels treffen arme Bevölkerungsschichten am stärksten – weltweit zwei Drittel dieser Ärmsten sind Frauen.

TREND 5: ZUNEHMENDE KOOPERATION IM RAHMEN GLOBALER AGENDEN

Den Rahmen für das Engagement bilateraler und multilateraler Organisationen in der internationalen Zusammenarbeit bilden weiterhin die Agenda 2030 und die dazugehörigen Sustainable Development Goals (SDGs). Um diese Agenda umzusetzen, Wirkungen zu erzeugen und zu multiplizieren, gewinnt partnerschaftliches Zusammenwirken diverser Akteursgruppen (staatliche internationale Zusammenarbeit, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft etc.) immer stärker an Bedeutung.

TREND 6: DER WETTBEWERB IN DER IZ NIMMT ZU

Ein zunehmender Anteil der von bilateralen und multilateralen Gebern in der internationalen Zusammenarbeit zur Verfügung gestellten Mittel wird im Ideenwettbewerb vergeben. Dies hat zur Folge, dass die GIZ verstärkt im Ideenwettbewerb mit NGOs oder anderen Organisationen der IZ steht. Zunehmendem Wettbewerb ist die GIZ auch auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt. Dieser Wettbewerb resultiert zum einen aus der stärkeren Internationalisierung von Unternehmen, welche Entsendungen und kurzfristige Einsätze ihrer Mitarbeiter*innen im Ausland ermöglichen. Zum anderen diversifizieren sich die Anforderungen an das Personal der GIZ zu mehr finanzfachlichen, Management- und IT-orientierten Profilen.

TREND 7: DIE ANFORDERUNGEN AN RECHEN-SCHAFT, WIRTSCHAFTLICHKEIT UND COMPLIANCE WERDEN STRENGER

Den Akteuren der internationalen Zusammenarbeit wird in zunehmendem Maße die Frage nach wirtschaftlichem und effektivem Mitteleinsatz gestellt. Als gemeinnütziges Bundesunternehmen ist die GIZ in einer besonderen Verpflichtung, die Wirtschaftlichkeit und Compliance der Mittelverwendung in der Durchführung von Vorhaben und im gesamten Unternehmen sicherzustellen.

TREND 8: ANFORDERUNGEN AN DIE UMSETZUNGS-GESCHWINDIGKEIT UND WIRKUNGSEVIDENZ NEHMEN ZU

Alle Durchführungsorganisationen in der internationalen Zusammenarbeit stehen vor der Anforderung, in einem immer enger werdenden zeitlichen Rahmen konkrete und messbare Ergebnisse aufzuweisen. Dabei stehen Wirtschaftlichkeit, Compliance und Transparenz teilweise in einem Spannungsverhältnis zu der von Auftraggebern geforderten erhöhten Geschwindigkeit und Flexibilität in der Umsetzung.

DIE GIZ-UNTERNEHMENSSTRATEGIE

Diese Trends und Entwicklungen bilden die Basis für die Strategie des Unternehmens. Die strategischen Prioritäten werden in dreijährigen Strategiezyklen bearbeitet. 2019 war das letzte Umsetzungsjahr des ersten Strategiezyklus 2017–2019. Zeitgleich fand die Entwicklung des neuen Strategiezyklus 2020-2022 statt, der ab 2020 umgesetzt wird. Die Ziele der Unternehmensstrategie sind den vier strategischen Handlungsfeldern Wirksamkeit, Geschäftsentwicklung, Kompetenzen und Allianzen sowie Wirtschaftlichkeit zugeordnet. Auch im neuen Strategiezyklus 2020–2022 bilden sie den mittel- bis langfristigen Rahmen, innerhalb dessen die neuen strategischen Ziele formuliert wurden. Zur Erreichung der Ziele setzt die GIZ strategische Maßnahmen um. Leitend bei der Entwicklung der neuen Strategie war das Fokusthema: "Wir fokussieren auf unsere Umsetzungsstärke von heute und morgen." Das Fokusthema zielt auf die größte Stärke der GIZ ab: auf ihre Fähigkeit, anspruchsvolle Aufträge der internationalen Zusammenarbeit auch unter schwierigsten Bedingungen schnell und wirksam umzusetzen. Im Folgenden werden die Ziele der Unternehmensstrategie 2020-2022 kurz skizziert.

1. HANDLUNGSFELD WIRKSAMKEIT

Im Handlungsfeld Wirksamkeit hat sich die GIZ folgendes strategische Ziel gesetzt: Wir verstehen politische Anforderungen und übersetzen diese gemeinsam schnell und sichtbar in wirksame Lösungen. Dies bedeutet, dass die GIZ die Bedarfe der Auftraggeber besser antizipiert und neue Anforderungen verstärkt mit multilateralen Partnern, privatwirtschaftlichen Akteuren und anderen externen Kooperationspartnern umsetzt. Dabei gleicht die GIZ die politischen Anforderungen der Auftraggeber stets mit den Interessen und Anliegen der Partner vor Ort ab. Bei der Operationalisierung politischer Initiativen arbeiten die Mitarbeiter*innen der GIZ in einer kooperativen Grundhaltung über alle Bereiche hinweg zusammen, um bestmöglich den Anforderungen von Auftraggebern und Partnern gerecht zu werden.

2. HANDLUNGSFELD GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Im Handlungsfeld Geschäftsentwicklung verfolgt die GIZ in den kommenden drei Jahren das strategische Ziel, ihre Marktposition durch daten- und technologiebasierte Leistungen zu stärken. Dabei geht es zum einen darum, den Bedarf an digitalen Themen und Leistungen frühzeitig zu erkennen, geeignete Anwendungen und Lösungen zu identifizieren und für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) einzusetzen. Zum anderen will sich die GIZ bei Auftraggebern und Partnern als "Digitalarchitekt" positionieren, der sich durch gute Netzwerke und innovative Allianzen auszeichnet, um unter den verschiedenen Akteuren zu vermitteln, eigene Kompetenzen einzubringen und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Darüber hinaus möchte die GIZ eine Produktpalette an skalierbaren, marktreifen Leistungen anbieten.

3. HANDLUNGSFELD KOMPETENZEN UND ALLIANZEN

Im Handlungsfeld Kompetenzen und Allianzen lautet das strategische Ziel: Expertise wird weiterentwickelt, schneller mobilisiert und effektiver gesteuert. Dazu soll z. B. ein flexibles und vorausschauendes Einsatzmanagement umgesetzt werden, das dafür sorgt, dass Schlüsselfunktionen, wie Landesdirektionen oder Programmleitungen, vorausschauend, schnell und verbindlich besetzt werden können. Funktionsspezifische Kompetenzentwicklung sorgt dafür, dass die passende Expertise für Schlüsselfunktionen verfügbar ist. Darüber hinaus erweitert die GIZ ihr Repertoire der Leistungserbringung vor Ort um Formen, die über den klassischen Ansatz der Langzeitentsendung hinausgehen, und nutzt flexible Einsatzformen, um ihre Leistungen zu erbringen.

4. HANDLUNGSFELD WIRTSCHAFTLICHKEIT

Im Handlungsfeld Wirtschaftlichkeit hat sich die GIZ zwei strategische Ziele gesetzt.

Das erste Ziel in diesem Handlungsfeld ist darauf ausgerichtet, durch digitalisierte End-to-End-Geschäftsprozesse die Umsetzungsstärke zu erhöhen. Zunächst soll die Ablauforganisation durch die Einführung von Prozessmanagement verbessert werden. Dies bildet die Grundlage für weitere Digitalisierungsmaßnahmen. Ausgewählte Geschäftsprozesse sollen dadurch nutzerorientierter und einfacher, schneller und prüfsicherer sowie gleichzeitig wirtschaftlicher und nachhaltiger werden.

Bei dem zweiten Ziel geht es darum, durch bedarfsorientierte Umsetzungsstrukturen eine effiziente und schnelle Leistungserbringung über Organisationseinheiten hinweg zu unterstützen. Dafür entwickelt die GIZ Umsetzungsstrukturen, die Optionen für einen schnellen und flexiblen Umgang mit veränderten Anforderungen bieten. Dabei stellt die GIZ auch in Zukunft die rechtliche Handlungsfähigkeit vor Ort sicher. Begleitend zu den Strukturen werden auch die Anreizsysteme so angepasst, dass diese die gemeinsame Umsetzung der Aufträge über Organisationseinheiten hinweg unterstützen.

C. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Das Wachstum der für die GIZ relevanten Haushaltsmittel hat sich im Geschäftsjahr 2019 nach einer längeren Phase mit sehr dynamischer Geschäftsentwicklung abgeschwächt und wird auch in den nächsten Jahren voraussichtlich moderat ausfallen. Aufgrund ihres innovativen Leistungsspektrums sowie ihrer hohen Umsetzungsstärke vor Ort kann die GIZ im Gemeinnützigen Bereich ihre Auftragseingänge und Einnahmen weiter steigern (siehe auch Kapitel III). Wichtigster Kofinanzier ist weiterhin die EU, gefolgt vom britischen Department for International Development (DFID). Die erste Beauftragung im Rahmen des Green Climate Funds (GCF) in Grenada ist erfolgt. Für zwei weitere Vorhaben in Kenia/ Senegal und Laos wurden im Dezember 2019 Zuwendungsverträge unterschrieben.

Parallel zur Verlangsamung des Einnahmenwachstums setzen sich die im letzten Jahr skizzierten Herausforderungen bei der Umsetzung der Vorhaben auch im Jahr 2019 fort: Die GIZ sieht sich weiterhin mit einer zunehmenden Fragilität der Partnerländer konfrontiert, die sicherheitsund menschenrechtspolitische Lage in einigen Partnerländern spitzt sich weiter zu. Fehlende bzw. verzögerte völkerrechtliche Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und der jeweiligen Partnerregierung und zunehmende Engpässe am Arbeitsmarkt bei der Besetzung von Vakanzen verzögern den Umsetzungsbeginn. Zusätzlich erschweren steigende Dokumentationsanforderungen entlang des gesamten Auftragsmanagementprozesses sowie eine deutlich gestiegene Prüfungsdichte die Projektumsetzung.

Gleichzeitig steht die GIZ vor der Herausforderung, die digitale Transformation zu vollziehen, die IT-Sicherheit weiter zu verbessern und sich auf die Umstellung auf SAP S/4HANA vorzubereiten sowie die internen Prozesse zu standardisieren und zu automatisieren.

InS ist einer der führenden Anbieter im wettbewerbsintensiven EU-Ausschreibungsgeschäft. Darüber hinaus ist im Jahr 2019 ein deutlicher Anstieg öffentlicher Aufträge zu verzeichnen. Zugleich erfolgt ein sicherheitspolitisch bedingter, spürbarer Rückgang der Aufträge und der Gesamtleistung in fragilen Kontexten (z. B. in Afghanistan, der DR Kongo). Die offenen Forderungen in Saudi-Arabien führen zu einer weiteren Wertberichtigung im Rahmen des Jahresabschlusses 2019.

Eine vom Finanzamt Wiesbaden durchgeführte Betriebsprüfung kommt zu dem Schluss, dass (a) gemäß der Abgabenordnung nur Entwicklungszusammenarbeit und nicht die breiter definierte internationale Zusammenarbeit gemeinnützig sei und (b) Entwicklungszusammenarbeit auf Länder beschränkt sei, die in der Liste des OECD DAC (Development Assistance Committee der OECD) als ODA-Empfänger (Official Development Assistance) geführt werden. Die GIZ strebt nun an, neben der Entwicklungszusammenarbeit weitere gemeinnützige Zwecke, wie z. B. den Umweltschutz, in den Gesellschaftsvertrag der GIZ aufzunehmen.

Die durch die Betriebsprüfung erforderlich gewordene steuerliche Neuverortung von Vorhaben vom GnB in den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbereich InS erfolgt, im Hinblick auf die weitere organisatorische Abwicklung und die überschaubare Anzahl der Projekte, bis zum Abschluss dieser Projekte – auch vor dem Hintergrund der Wesentlichkeit – nur für die Steuerberechnung.

Aufgrund der Entwicklung seit dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz und der andauernden Niedrigzinsphase wurde in den vergangenen Jahren die betriebliche Altersversorgung der GIZ wie folgt geordnet:

Die Deutscher Pensionsfonds AG (DPAG) zahlt die bis zum 30. Juni 2015 erworbenen Ansprüche aus der alten bAV "Past Service" (d. h. vor 2005) und die bis zum 31. Dezember 2016 erworbenen Ansprüche aus der bAV 2005 "Past Service" an heutige und künftige Rentner*innen aus.

An die 2015 gegründete GIZ Unterstützungskasse GmbH mit Sitz in Bonn wurden die "Future Services", d. h. die nach dem 30. Juni 2015 in der alten bAV und die nach dem 31. Dezember 2016 in der bAV 2005 erworbenen Ansprüche, vollständig übertragen. Die GIZ Unterstützungskasse GmbH übernimmt dabei die Auszahlung der Renten für die "Future Services" von alter bAV und bAV 2005. Dieses Kombinationsmodell aus Pensionsfonds und Unterstützungskasse hat lohnsteuerrechtliche Gründe.

D. GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Die GIZ hat das Geschäftsjahr 2019 sehr erfolgreich beendet. Der hohe Vorjahreswert der Auftragseingänge konnte um 12 % auf 3.689 Mio. € gesteigert werden und das Geschäftsvolumen² liegt erstmalig über 3 Milliarden Euro (3.063 Mio. €) und somit um 2 % über dem Vorjahr.

Die Wirtschaftlichkeit hat sich im Gemeinnützigen Bereich auf hohem Niveau stabilisiert. Die Steuerungskennzahl im GnB, die sich aus dem Verhältnis der Steuerungskosten des jeweils aktuellen Jahres zum Vierjahresdurchschnitt³ der Einnahmen im GnB errechnet, lag bei 10,8 % (Vorjahr: 10,3 %). Bei International Services lag das Betriebsergebnis bei 1 Mio. ϵ und somit – trotz einer Erhöhung der Risikovorsorge für die offenen Forderungen in Saudi-Arabien von 4 Mio. ϵ – auf dem Niveau der Vorjahre (1 Mio. ϵ).

II. VERMÖGENS-, FINANZ-UND ERTRAGSLAGE

A. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanzsumme ist im Berichtsjahr von 1.881 Mio. € um 88 Mio. € auf 1.969 Mio. € gestiegen. Wesentlich für diese Entwicklung war die nochmalige Ausweitung des Geschäftsvolumens. Dabei haben sich die Verhältnisse von Anlage- zu Umlaufvermögen sowie Eigen- zu Fremdkapital nur leicht verändert.

Das Anlagevermögen hat sich von 508 Mio. € auf 533 Mio. € erhöht. Der Anstieg um 25 Mio. € (+5%) geht auf die Investitionen in den Bau des Campus in Bonn, der im Berichtsjahr fertiggestellt wurde, zurück.

Der Veränderung der Vorräte von 619 Mio. € auf 677 Mio. € (+58 Mio. € bzw. +9 %) ist im Wesentlichen auf eine erneute Erhöhung der geleisteten Anzahlungen (+49 Mio. €) zurückzuführen. Bei den noch nicht abgerechneten Leistungen ist ein Zuwachs von 9 Mio. € (+38 %) auf 33 Mio. € zu verzeichnen.

11

Jahresabschluss 2019 der <mark>GIZ</mark>

² Einnahmen im GnB und Gesamtleistung InS

³ Hier werden bei der Berechnung die Einnahmen des Vorjahres, des aktuellen Jahres und der zwei Folgejahre berücksichtigt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände zeigen einen Rückgang um 7 Mio. € auf 299 Mio. €. Dabei haben sich die Forderungen aus Leistungen von 61 Mio. € auf 69 Mio. € (+8 Mio. €) und die sonstigen Vermögensgegenstände um 8 Mio. € auf 26 Mio. € erhöht. Im Gegenzug hat sich das Vermögen in den Projekten von 226 Mio. € um 22 Mio. € auf 204 Mio. € reduziert.

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses, das den satzungsmäßigen Rücklagen zugeführt wurde, hat sich das Eigenkapital um 30 Mio. € auf 210 Mio. € erhöht. Bei ebenfalls gestiegener Bilanzsumme steigt die Eigenkapital-quote⁴ im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozentpunkte auf 10,5%.

Bei den Rückstellungen ist ein Anstieg von 258 Mio. € auf 289 Mio. € (+31 Mio. €) zu verzeichnen. Dies ist im Wesentlichen auf gestiegene Personalrückstellungen (z. B. Langzeitarbeitskonten) und Gewährleistungsrückstellungen zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten sind von 1.440 Mio. € auf 1.468 Mio. € (+28 Mio. €) angewachsen. Der Anstieg geht auf die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zurück, welche sich im GnB aufgrund der gestiegenen Einnahmen um 23 Mio. € erhöht haben. Die Erhöhung

der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 85 Mio. € auf 98 Mio. € resultiert aus dem planmäßigen Abruf des Darlehens für den Campus in Bonn.

B. FINANZLAGE

Zum Bilanzstichtag ergab sich ein Anstieg der Kassenund Bankbestände von 440 Mio. € um 11 Mio. € auf 451 Mio. €. Die Liquidität der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 36 Mio. € und deckt die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit von 36 Mio. € ab. Daneben ergab sich aus der Auszahlung der letzten Darlehenstranche ein Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von 11 Mio. €.

C. ERTRAGSLAGE

Insgesamt ergab sich für das Jahr 2019 eine positive Geschäftsentwicklung, die auf die Ausweitung des Geschäftsvolumens zurückzuführen ist.

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres sind um 402 Mio. € bzw. 15 % auf 3.025 Mio. € gestiegen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung auf die Geschäftsbereiche:

GESAMTLEISTUNG

		2019			2018			Veränderung	
	GnB	InS	gesamt	GnB	InS	InS gesamt	gesam	nt	
	in Mio. €	in Mio. €	in %						
Umsatzerlöse	2.911	114	3.025	2.519	104	2.623	402	15	
Bestandsveränderung	5	4	9		5	4	5	> 100	
Gesamtleistung	2.916	118	3.034	2.518	109	2.627	407	15	

⁴ Die Eigenkapitalquote ist definiert als Eigenkapital abzüglich Agio im Verhältnis zur Bilanzsumme.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist ein Anstieg um rund 4 Mio. € von 11 Mio. € auf 15 Mio. € zu verzeichnen, der im Wesentlichen auf Auflösungen von Rückstellungen beruht.

Der Materialaufwand ist um 267 Mio. € auf 1.760 Mio. € gestiegen. Dabei haben sich die Aufwendungen für bezogene Waren um 19 Mio. € und die Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen um 248 Mio. € im Zusammenhang mit der Ausweitung des Geschäftsvolumens erhöht. Im Kapitel "III. D. Ressourceneinsatz" wird auf diese Position mit der Darstellung der Entwicklung des Einkaufs von Sachgütern und Dienstleistungen eingegangen.

Der Personalaufwand hat sich von 1.012 Mio. € um 124 Mio. € auf 1.136 Mio. € erhöht. Diese Erhöhung ist auf den Zuwachs von Personal und Entgeltsteigerungen zurückzuführen.

Der sonstige betriebliche Aufwand ist von 88 Mio. € um 19 Mio. € auf 107 Mio. € gestiegen. Hier haben sich insbesondere die gestiegenen Zuführungen für Gewährleistungs- und Preisrisiken mit +11 Mio. € sowie gestiegene Aufwendungen im Zusammenhang mit den Raum- und Betriebskosten ausgewirkt.

Das Finanzergebnis ist von –1,0 Mio. € auf –2,1 Mio. € gesunken. Die Veränderung resultiert aus dem gestiegenen Zinsaufwand aufgrund des planmäßigen Darlehensabrufs für den Campus in Bonn sowie den Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit den aufgrund der Betriebsprüfung für die Jahre 2012 bis 2015 geänderten Steuerbescheiden.

Insgesamt ergab sich für das Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss von 30 Mio. € (Vorjahr: 31 Mio. €), dieser liegt damit nahezu auf Vorjahresniveau. Die nachfolgende Tabelle zeigt das Jahresergebnis nach Geschäftsbereichen:

JAHRESERGEBNIS

	2019	2018	Veränder	rung
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
GnB	29,1	30,7	-1,6	-5
InS	0,4	0,2	0,2	> 100
GIZ gesamt	29,5	30,9	-1,4	-4

Das Jahresergebnis von InS liegt über dem Niveau des Vorjahres. Trotz der erforderlichen weiteren Absicherung der offenen Forderungen in Saudi-Arabien ist es InS gelungen, ein positives Jahresergebnis zu erzielen.

III. WIRTSCHAFTLICHE LAGE

A. GESAMTAUSSAGE

Die GIZ blickt erneut auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr zurück.

- Das Geschäftsvolumen liegt erstmalig über 3 Milliarden €.
- Die Auftragseingänge steigen um 12%.
- Die Steuerungskennzahl des GnB liegt mit 10,8 % weiterhin deutlich unterhalb der Obergrenze von 12 %.

Die Steuerung der GIZ erfolgt auf Basis der im Folgenden erläuterten Kennzahlen Geschäftsvolumen (Einnahmen im GnB und Gesamtleistung bei InS), Auftragseingänge, Steuerungskennzahl der Zentrale im GnB, Betriebsergebnis und Jahresergebnis bei InS sowie Personalbestand im GnB.

PROGNOSE-IST-VERGLEICH

		Ist	Plan	Abweichung
		31.12.2019	31.12.2019	Ist-Plan
Geschäftsvolumen				
Einnahmen GnB	Mio. €	2.944	2.963	-19
Gesamtleistung InS	Mio. €	118	131	-13
Auftragseingänge				
GnB	Mio. €	3.550	3.223	327
InS	Mio. €	139	143	-4
Steuerungskennzahl	%	10,8	11,0	-0,2
Entwicklung InS				
Betriebsergebnis InS	Mio. €	1,0	0,3	0,7
Jahresergebnis InS	Mio. €	0,4	0,1	0,3
Personalbestand GnB				
Strukturpersonal				
Inland	Anzahl	2.317	2.389	
Projektpersonal Inland		2.111	1.867	244
Entsandtes Auslandspersonal		2.447	2.657	-210
MTV- oder TVöD-beschäftigtes				
Personal		6.875	6.913	-38
Nationales Personal		15.120	14.911	209
Gesamtpersonal- bestand GnB		21.995	21.824	171

Insgesamt hat sich das Geschäft der GIZ wie geplant entwickelt. Abweichungen im Personalbestand ergeben sich regelmäßig aufgrund der Projekterfordernisse. Die Ist-Entwicklung der einzelnen Kennzahlen im Vergleich zum Vorjahr wird im Folgenden erläutert.

B. AUFTRAGSENTWICKLUNG UND AUFTRAGSBESTAND

AUFTRAGSENTWICKLUNG

Die GIZ verzeichnete im Jahr 2019 Auftragseingänge in Höhe von 3.689 Mio. €. Damit wurde der Vorjahreswert um 382 Mio. € bzw. 12% übertroffen. Während die Auftragseingänge im GnB im Vergleich zum Vorjahr um 387 Mio. € (12%) gestiegen sind, sind sie bei InS um 5 Mio. € (4%) gesunken. Der Anteil des GnB am gesamten Auftragseingang liegt unverändert bei 96%.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Auftragseingänge der GIZ sowie die Anteile der Geschäftsbereiche und Geschäftsfelder am Auftragseingang dar:

AUFTRAGSEINGÄNGE

	lst 2019 Anteil		lst 2018	Anteil	Veränderung 2019 zu 2018	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in %	
GnB gesamt	3.550	96	3.163	96	12	
davon BMZ	2.925	79	2.651	80	10	
davon DÖAG	584	16	477	14	22	
davon sonstige Geschäfts-						
felder	41	1	35	1	17	
InS	139	4	144	4	-4	
GIZ gesamt	3.689	100	3.307	100	12	

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

AUFTRAGSEINGÄNGE IM GEMEINNÜTZIGEN BEREICH

Die Auftragseingänge im Geschäftsfeld BMZ sind im Vergleich zum Vorjahr um 274 Mio. € (10 %) gestiegen. Die positive Entwicklung ist unter anderem auf die neue Sonderinitiative "Ausbildung und Beschäftigung" zurückzuführen, in der Auftragseingänge in Höhe von 97 Mio. € generiert werden konnten. Auch im TZ-Titel (+79 Mio. € bzw. +16 %), der Sonderinitiative "Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren" (+36 Mio. € bzw. +22 %), den BMZ-Titeln "Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur" (+22 Mio. € bzw. +21 %) und "Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft" (+12 Mio. € bzw. +22 %) konnten die Auftragseingänge gesteigert werden. Bei den Kofinanzierungen Dritter zu BMZ-Vorhaben hingegen sanken die Auftragseingänge um 61 Mio. € (–12 %). Dieser Rückgang resultiert aus

¹ Die Eigenkapitalquote ist definiert als Eigenkapital abzüglich Agio im Verhältnis zur Bilanzsumme.

einem außerordentlich hohen Auftragseingang im Vorjahr, in dem zwei große Aufträge der niederländischen sowie der britischen Regierung in Höhe von jeweils 25 Mio. € zu verzeichnen waren. Der größte Kofinanzier war (erneut) die EU mit Aufträgen in Höhe von über 357 Mio. € (Vorjahr: ebenfalls 357 Mio. €).

Im Geschäftsfeld DÖAG konnten die Auftragseingänge im Jahr 2019 um 107 Mio. € (+22 %) gesteigert werden. Steigerungen wurden vor allem beim AA (+87 Mio. € bzw. +138 %), BMU (+51 Mio. € bzw. +30 %) und bei den Kofinanzierungen Dritter zu DÖAG-Vorhaben (+39 Mio. € bzw. +27 %) erzielt. Rückläufig waren dagegen u. a. die Auftragseingänge vom BMWi (-47 Mio. € bzw. -83 %), BMVg (-8 Mio. € bzw. -63 %) und beim EU-Twinning (-7 Mio. € bzw. -91 %). Von den Kofinanzierungen entfielen 89 Mio. € auf das britische Department for Business, Energy & Industrial Strategy (BEIS) und 58 Mio. € auf die EU.

In den sonstigen Geschäftsfeldern – Kleinstmaßnahmen im GnB und Zuwendungen – wurde der Vorjahreswert um 6 Mio. € (+17 %) übertroffen.

AUFTRAGSEINGÄNGE IM BEREICH INTERNATIONAL SERVICES

InS erzielte im Jahr 2019 Auftragseingänge in Höhe von 139 Mio. €, so dass der Vorjahreswert um 5 Mio. € (–4 %) unterschritten wurde.

Die Auftragseingänge enthalten folgende großvolumige Vorhaben (≥ 5 Mio. €):

- 10 Mio. € für das Vorhaben der Agence Française de Développement (AFD) "Programme de Gestion des Eaux de Ruissellement dans le Tchad Sahélien (GERTS) Phase III" im Tschad
- 8 Mio. € für das BMZ-Vorhaben "Fish4ACP", Sustainable Development of Fisheries and Aquaculture Value Chains in ACP countries (ACP: Organisation of African, Caribbean and Pacific States)
- 8 Mio. € für das AA-Vorhaben zur "Unterstützung der EU-Ratspräsidentschaft"
- 7 Mio. € für das EU-Vorhaben "Global Technical Assistance Facility (TAF) for Sustainable Energy"
- 7 Mio. € für das Vorhaben "II Phase Recuperación de Vías Costa Rica" im Auftrag des Ministerio de Obras Públicas y Transportes (MOPT)

- 5 Mio. € für das EUTF-Vorhaben "FFU pour l'Afrique – Programme Jeunesse et Stabilisation dans les régions Centre du Mali"
- 5 Mio. € für das Vorhaben "Triple Win" der Bundesagentur für Arbeit

AUFTRAGSBESTAND

Per 31. Dezember 2019 belief sich der Auftragsbestand auf 7.895 Mio. \in und lag damit um 504 Mio. \in (+7%) über dem Vorjahreswert. Vom Auftragsbestand entfielen 7.570 Mio. \in (Vorjahr: 7.044 Mio. \in) auf den GnB und 325 Mio. \in auf InS (Vorjahr: 348 Mio. \in).

C. ENTWICKLUNG DES GESCHÄFTSVOLUMENS

Auch im Geschäftsjahr 2019 konnte das Geschäftsvolumen erneut gesteigert werden: Mit 3.063 Mio. € wurde der Vorjahreswert um 68 Mio. € bzw. +2 % übertroffen. Diese positive Entwicklung war in beiden Geschäftsbereichen zu verzeichnen. Das im Jahr 2019 generierte Geschäftsvolumen setzt sich zusammen aus Einnahmen im GnB in Höhe von 2.944 Mio. € und einer Gesamtleistung von InS in Höhe von 118 Mio. €.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung des Geschäftsvolumens der GIZ sowie die Anteile der Geschäftsbereiche bzw. Geschäftsfelder am Geschäftsvolumen:

GESCHÄFTSVOLUMEN

	lst 2019	Ist Anteil 2018		Anteil	Veränderung 2019 zu 2018
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in %
GnB gesamt	2.944	96	2.886	96	2
davon BMZ	2.553	83	2.479	83	3
davon DÖAG	360	12	375	13	-4
davon sonstige Geschäfts-					
felder	31	1	32	1	-3
InS	118	4	109	4	9
GIZ gesamt	3.063	100	2.995	100	2

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Im Folgenden wird die Entwicklung des Geschäftsvolumens differenziert nach den beiden Geschäftsbereichen erläutert.

EINNAHMEN IM GEMEINNÜTZIGEN BEREICH

Im Geschäftsfeld BMZ haben sich die Einnahmen in allen vier Sonderinitiativen erhöht (in Summe um 82 Mio. € bzw. 27%), ebenso im Titel "Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft" (um 6 Mio. € bzw. 12%). Im TZ-Titel sowie bei den Kofinanzierungen Dritter zu BMZ-Vorhaben haben sich die Einnahmen nur leicht erhöht (TZ-Titel: um 36 Mio. € bzw. 2%, Kofinanzierungen: um 2 Mio. € bzw. 1%). Mit 274 Mio. € war die EU auch im Jahr 2019 der wichtigste Kofinanzier bei den Einnahmen (Vorjahr: 265 Mio. €).

Im Geschäftsfeld DÖAG konnte ein Einnahmenwachstum u. a. beim BMU (+7 Mio. € bzw. +5%) und beim EU-Twinning verzeichnet werden (+2 Mio. € bzw. +75%). Die stärksten Einnahmenrückgänge ergaben sich beim AA (–13 Mio. € bzw. –11%), BMF (–8 Mio. € bzw. –56%) und BMVg (–4 Mio. € bzw. –75%).

GESAMTLEISTUNG IM BEREICH INTERNATIONAL SERVICES

InS erzielte im Jahr 2019 eine Gesamtleistung in Höhe von 118 Mio. €. Der Vorjahreswert wurde somit um 9 Mio. € (+9%) übertroffen. Differenziert nach Finanziers wurde erneut die höchste Gesamtleistung durch Vorhaben für die EU generiert (60 Mio. €). Aus Aufträgen der Deutschen Öffentlichen Auftraggeber wurde eine Gesamtleistung in Höhe von 26 Mio. € erzielt; darunter 8 Mio. € für Vorhaben im Auftrag des BMBF, 6 Mio. € für Aufträge des AA sowie 6 Mio. € für Vorhaben im Auftrag des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR).

D. RESSOURCENEINSATZ

Entwicklung des Personalbestandes

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Personalbestandes der GIZ am Stichtag 31. Dezember 2019 im Vergleich zum Stichtag 31. Dezember 2018:

PERSONALBESTAND1

	lst 31.12.2019	lst 31.12.2018	Verän	derung
	01.12.2010		absolut	in %
Strukturpersonal Inland ²	2.317	2.152	165	8
Projektpersonal Inland	2.111	1.832	279	15
Entsandtes Auslandspersonal	2.447	2.365	82	4
Personal GnB gesamt	6.875	6.349	526	8
Strukturpersonal Inland	84	71	13	18
Projektpersonal Inland	31	13	18	139
Entsandtes Auslandspersonal	89	97	-8	-8
Personal InS gesamt	204	181	23	13
MTV- oder TVöD-beschäftigtes Personal	7.079	6.530	549	8
Nationale Mitarbeitende	15.120	14.196	924	7
Gesamt- personalbestand	22.199	20.726	1.473	7
Entwicklungs- helfer*innen	556	577	-21	-4
Integrierte Fachkräfte ³	262	317	-55	-17
Rückkehrende Fachkräfte³	515	518	-3	-1

¹ nicht teilzeitgewichtet und stichtagsbezogen

Hinweis: Seit 1. Januar 2019 erfolgt die Zuordnung zu einer Personalkategorie auf Basis der Zugehörigkeit zu einer Organisationseinheit. Dies hat auch Auswirkungen auf die Zahlen 2018. Hier sind 35 Mitarbeiter*innen aus dem Projektpersonal Inland InS in das Projektpersonal Inland GnB umgegliedert worden.

Per 31. Dezember 2019 waren 7.079 Mitarbeiter*innen, die gemäß MTV oder TVöD beschäftigt sind, sowie 15.120 nationale Mitarbeiter*innen mit lokalen Arbeitsverträgen für die GIZ im Einsatz. Gegenüber dem Vorjahresstichtag entspricht dies einem erneuten Anstieg um 1.473 Personen (+7%).

² ohne Vorstand, ohne Auszubildende

³ Arbeitsverhältnis mit lokalen Arbeitgebern in den Partnerländern

Die Anzahl der Mitarbeiter*innen mit deutschem Arbeitsvertrag ist im GnB um 526 Personen (+8%) und im Geschäftsbereich InS um 23 Mitarbeiter*innen (+13%) angestiegen. Die Anzahl der nationalen Mitarbeitenden hat sich gegenüber dem Jahresende 2018 um 924 Personen (+7%) erhöht. Hintergrund dieser Entwicklung ist die Geschäftsausweitung im Zusammenhang mit dem Einnahmenanstieg der letzten Jahre. Der Planwert des mit MTV oder TVöD beschäftigten Personals lag bei 6.913 und wurde insgesamt um 38 Mitarbeitende unterschritten. Bei den nationalen Mitarbeitenden liegt der Wert zum Jahresende um 209 über dem Planwert für 2019.

Des Weiteren waren 556 Entwicklungshelfer*innen sowie 262 Integrierte und 515 Rückkehrende Fachkräfte mit einem Arbeitsvertrag bei Organisationen oder Firmen in Partnerländern für die GIZ tätig.

ENTWICKLUNG DES EINKAUFS VON SACHGÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der weltweiten Vergaben von Dienstleistungs- und Bauverträgen, Sachgüterbestellungen und Finanzierungen durch die GIZ in den Jahren 2019 und 2018 dar.

AUFTRAGSVERGABEN

	Ist 2019	Ist 2018	Verände	derung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %	
Dienstleistungs- verträge Zentrale ¹	515	469	46	10	
Bauverträge Zentrale	4	7	-3	-43	
Finanzierungs- verträge Zentrale	655	582	73	13	
Sachgüter- beschaffungen Zentrale ²	78	87	-9	-10	
Summe Zentrale	1.252	1.145	107	9	
Dienstleistungs- verträge vor Ort	251	227	24	11	
Bauverträge vor Ort	51	54	-3	-6	
Finanzierungs- verträge vor Ort	63	75	-12	-16	
Sachgüter- beschaffungen vor Ort	73	76	-3	-4	
Summe vor Ort	438	432	6	1	
Auftragsvergaben gesamt	1.690	1.577	113	7	

¹ Beratungsfirmen, Beratungsinstitutionen, Einzelgutachter, Übersetzer (ab 2014)

Im Jahr 2019 hat die GIZ Verträge mit Auftragnehmern und Finanzierungsempfängern mit einem Gesamtwert von 1.690 Mio. € (+113 Mio. € bzw. +7 % im Vergleich zum Vorjahr) abgeschlossen. Die GIZ setzte damit im Jahr 2019 55 % ihres Geschäftsvolumens über Beauftragungen Dritter um (2018: 53 %).

Mit einem weltweiten Vergabevolumen in Höhe von 766 Mio. € war auch im Jahr 2019 der Dienstleistungsvertrag der größte Einzelposten unter den Vergaben. Im Vergleich zum Vorjahr ist das gesamte Volumen von Dienstleistungsverträgen mit Firmen, Beratungsinstitutionen, Gutachtern und Übersetzern um 10 % gestiegen. Dabei hat die Vergabe von Dienstleistungsverträgen durch die GIZ-Zentrale mit einem Volumen von 515 Mio. € um 10 % zugenommen. In den Landesbüros wurden mit einem Volumen von 251 Mio. € 11 % mehr vergeben als im Vorjahr.

Weltweit hat die GIZ im Jahr 2019 Finanzierungen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 718 Mio. € vergeben. Dies entspricht 42 % des gesamten Vergabevolumens. Der Anstieg der weltweiten Finanzierungen gegenüber dem Vorjahr betrug 9 %. Dabei ist die Vergabe von Finanzierungen durch die GIZ-Zentrale um 13 % auf 655 Mio. € gestiegen, während die vor Ort abgeschlossenen Finanzierungen um 16 % auf 63 Mio. € gesunken sind.

Von den im Jahr 2019 getätigten weltweiten Sachgüterbeschaffungen mit einem Gesamtwert in Höhe von 151 Mio. € wurden 78 Mio. € (52 %) durch die GIZ-Zentrale und 73 Mio. € (48 %) in den Landesbüros getätigt. Die weltweiten Sachgüterbeschaffungen sind gegenüber dem Jahr 2018 um 7 % gesunken.

Insgesamt hat die GIZ im Jahr 2019 weltweit Bauverträge mit einem Gesamtwert von 55 Mio. € abgeschlossen. Das Volumen der über die GIZ-Zentrale geschlossenen Bauverträge im Jahr 2019 war mit 4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 43 % rückläufig, auch das Volumen von Bauverträgen in den Landesbüros ist mit 51 Mio. € um 6 % gesunken.

² Sachgüter, Spediteure

IV. ANTEIL VON FRAUEN IM **VORSTAND, AUFSICHTSRAT UND KURATORIUM**

A. ANTEIL VON FRAUEN IM VORSTAND

Laut Gesellschaftsvertrag der GIZ soll der Aufsichtsrat bei der Bestellung von Mitgliedern des Vorstands auf Vielfalt (Diversity) achten und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen sicherstellen. Der Anteil von Frauen im Vorstand soll mindestens 40 % betragen. Solange dieser Anteil nicht erreicht ist, soll der Aufsichtsrat bei Vorliegen von gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach umfassender Einzelfallabwägung Frauen bevorzugt berücksichtigen.

Für die Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat der Aufsichtsrat beschlossen, dass zum 30. Juni 2017 der Anteil von Frauen ebenso wie von Männern im Vorstand 50% betragen soll. In der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat (GOAR) wurde hierzu festgehalten, dass bei einer ungeraden Anzahl der Vorstandsmitglieder das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen nur einen Sitz umfassen soll.

Im Berichtszeitraum gehörten dem Vorstand bis zum 30. September 2019 eine Frau und ein Mann an. Ab dem 1. Oktober 2019 trat Herr Schäfer-Gümbel als dritter Vorstand ins Unternehmen ein, so dass zum Stichtag 31. Dezember 2019 der Frauenanteil 33,33 % betrug.

B. ANTEIL VON FRAUEN IM AUFSICHTSRAT

Ziff. 5.2.1 PCGK sieht vor, dass bei der Wahl von Mitgliedern des Überwachungsorgans auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen hingewirkt wird. Die Gesellschafterin beachtet zudem bei der Bestellung der Mitglieder das Bundesgremienbesetzungsgesetz.

Um den Vorgaben des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst nachzukommen, hat der Aufsichtsrat beschlossen, dass zum 30. Juni 2017 der Anteil von Frauen ebenso wie von Männern im Aufsichtsrat 50 % betragen soll, und die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat entsprechend ergänzt.

Der Anteil der Frauen unter den zehn Mitgliedern, die von der Gesellschafterin bestellt wurden, verblieb im Jahr 2019 bei vier Frauen (Stichtag 31. Dezember 2019). Die zehn Arbeitnehmervertreter*innen unterteilten sich in fünf Frauen und fünf Männer. Damit betrug der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat zum 31. Dezember 2019 45 %, der Anteil von Männern lag bei 55 %.

C. ANTEIL VON FRAUEN IM KURATORIUM

Die GIZ hat gemäß § 24 des Gesellschaftsvertrages ein Kuratorium mit bis zu 40 Mitgliedern. Unter den 39 Mitgliedern, die das Kuratorium am 31. Dezember 2019 hatte, befanden sich 19 Frauen; dies entspricht einem Anteil von 48,72 %. Im Zuge von personellen Nachbesetzungen ist der Anteil von Frauen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (2018: 41%).

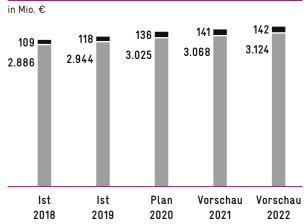
V. AUSBLICK

A. GEPLANTE GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Für das Jahr 2020 plant die GIZ ein Geschäftsvolumen in Höhe von 3.161 Mio. €, das sich aus Einnahmen im GnB in Höhe von 3.025 Mio. € und einer Gesamtleistung bei InS in Höhe von 136 Mio. € zusammensetzt. Dies entspricht einem Anstieg gegenüber dem Ist 2019 um 3 %. Für die Jahre 2021 und 2022 werden leichte Steigerungen auf 3.209 Mio. € bzw. 3.266 Mio. € angestrebt.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des erzielten bzw. geplanten Geschäftsvolumens der Jahre 2018 bis 2022 (Ist: mit BilRUG-Effekt, Plan: ohne BilRUG-Effekt):

GESCHÄFTSVOLUMEN



- Einnahmen GnB
- Gesamtleistung InS

Im GnB werden für das Jahr 2020 Einnahmen in Höhe von 3.025 Mio. \in geplant. Davon entfallen 2.251 Mio. \in (74%) auf Haushaltsmittel des BMZ, 340 Mio. \in (11%) auf Kofinanzierungen Dritter zu BMZ-Aufträgen, 316 Mio. \in (11%) auf DÖAG-Haushaltsmittel, 89 Mio. \in (3%) auf Kofinanzierungen Dritter zu DÖAG-Aufträgen sowie 29 Mio. \in (1%) auf die sonstigen Geschäftsfelder.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Einnahmen im GnB in den Jahren 2018 bis 2022 im Detail:

EINNAHMEN

	lst 2018	lst 2019	Plan 2020	Vor- schau 2021	Vor- schau 2022
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
BMZ	2.479	2.553	2.591	2.631	2.685
davon TZ-Titel	1.497	1.534	1.534	1.580	1.620
davon Sonder- initiativen	301	383	458	463	438
davon übrige BMZ-Titel	299	252	259	233	227
davon Kofinan- zierungen Dritter	382	384	340	355	400
DÖAG	375	360	406	409	410
davon Haus- haltsmittel	321	309	316	317	315
davon Kofinan- zierungen Dritter	53	51	89	92	95
Sonstige Geschäftsfelder	32	31	29	28	29
GnB gesamt	2.886	2.944	3.025	3.068	3.124

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Bei den Einnahmen im Geschäftsfeld BMZ strebt die GIZ für das Jahr 2020 einen Planwert in Höhe von 2.591 Mio. € an. In den Vorschaujahren wird eine geringfügige Steigerung der Einnahmen auf 2.631 Mio. € im Jahr 2021 sowie auf 2.685 Mio. € im Jahr 2022 angestrebt, die insbesondere auf höheren Einnahmenerwartungen aus dem TZ-Titel sowie aus Kofinanzierungen basiert.

Die für das Jahr 2020 im Geschäftsfeld DÖAG geplanten Einnahmen belaufen sich auf 406 Mio. €, davon 316 Mio. € (78%) aus Haushaltsmitteln und 89 Mio. € (22%) aus Kofinanzierungen Dritter. Für die Folgejahre wird von einer Stabilisierung der Einnahmen auf einem hohen Niveau von 409 Mio. € im Jahr 2021 bzw. 410 Mio. € im Jahr 2022 ausgegangen. Die höchsten Einnahmen werden im Auftrag des BMU sowie aus Kofinanzierungen Dritter erwartet.

Basis für diese Entwicklung sind die geplanten Auftragseingänge⁵:

AUFTRAGSEINGÄNGE

	lst 2019	Anteil	Plan 2020	Vorschau 2021	Vorschau 2022
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
GnB gesamt	3.550	96	3.449	3.507	3.560
davon BMZ	2.925	79	2.946	3.005	3.032
davon DÖAG	584	16	474	481	504
davon sonstige Geschäfts-					
felder	41	1	29	22	25
InS	139	4	152	144	144
GIZ gesamt	3.689	100	3.601	3.651	3.704

⁵ Die Planungen der Einnahmen und Auftragseingänge beruhen auf den gegenwärtigen Einschätzungen der Geschäftsentwicklung durch den Vorstand. Berücksichtigt wurden dabei insbesondere der gegenwärtige Stand der Haushaltsplanung des Bundes für 2020 sowie die Auftragslage und die Einschätzung des Vorstands in Hinblick auf geführte Akquisitionsgespräche mit institutionellen Auftraggebern im GnB und InS.

Die Steuerungskennzahl verbleibt weiterhin unter der vom Aufsichtsrat gesetzten Obergrenze. Ausgehend von den geplanten Einnahmen und Steuerungskosten wird für das Jahr 2020 sowie für die Folgejahre von einer Steuerungskennzahl in Höhe von 11,7% ausgegangen.

Für das Jahr 2020 plant InS eine Gesamtleistung in Höhe von 136 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem angestrebten Anstieg um 18 Mio. € (+15%). Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf bereits beauftragte Großvorhaben zurückzuführen. Für die Folgejahre strebt InS eine sukzessive Steigerung der Gesamtleistung an. Die zur Erreichung dieser Werte ausgearbeitete Geschäftsentwicklungsstrategie, die seit dem Jahr 2017 besteht, wird intensiv weiterverfolgt.

Für das Geschäftsjahr 2020 erwartet InS ein Betriebsergebnis in Höhe von 0,3 Mio. € und ein Jahresergebnis in Höhe von 0,2 Mio. €. Für die Jahre 2021 und 2022 wird, ausgehend von einer stabilen Geschäftslage, ein Betriebsergebnis in Höhe von 0,4 Mio. € und 0,3 Mio. € sowie ein Jahresergebnis von 0,3 Mio. € und 0,2 Mio. € angestrebt.

B. PROGNOSE ZUM ERWARTETEN RESSOURCENEINSATZ

ENTWICKLUNG DES PERSONALBESTANDES

Der Personalbestand der GIZ wächst im Jahr 2020 moderat um voraussichtlich 164 Personen bzw. 0,7 %. In den Vorschaujahren 2021 und 2022 wird aufgrund des sich abschwächenden Wachstums des Geschäftsvolumens mit einem leichten Rückgang über alle Mitarbeitergruppen hinweg gerechnet.

PERSONALBESTAND

	lst 31.12.2019	Plan 2020	Vorschau 2021	Vorschau 2022
Strukturpersonal Inland¹	2.401	2.425	2.402	2.371
Projektpersonal Inland	2.142	2.120	2.101	2.075
Entsandtes Auslandspersonal	2.536	2.559	2.535	2.503
MTV- oder TVöD- beschäftigtes Personal ¹	7.079	7.104	7.038	6.949
Nationales Personal	15.120	15.259	15.116	14.943
Gesamtpersonal- bestand¹	22.199	22.363	22.154	21.892

² ohne Vorstand, ohne Auszubildende

ENTWICKLUNG DES EINKAUFS VON SACHGÜTERN UND DIENSTLEISTUNGEN

Der Umfang, in dem Sachgüter-, Bau- und Dienstleistungsverträge sowie Finanzierungen innerhalb eines Geschäftsjahres abgeschlossen werden, resultiert jeweils aus den spezifischen Anforderungen der Projekte. Eine detaillierte Prognose ist somit nur eingeschränkt möglich. Grundsätzlich ist die Geschäftsentwicklung maßgeblich für die Entwicklung der Gesamtvergaben. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass sich die Gesamtvergaben auf einem insgesamt hohen Niveau weiterentwickeln.

AUSWIRKUNGEN AUS DER CORONA-PANDEMIE

Die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2) seit Dezember 2019 unterliegt einer hohen Dynamik, die die GIZ täglich vor neue Herausforderungen stellt. Die aktuelle Pandemie wird signifikante Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in der ganzen Welt haben. Eine Einschätzung zu den Auswirkungen des Coronavirus auf die Geschäftsentwicklung der GIZ ist zum aktuellen Zeitpunkt nur schwer möglich. Abhängig von der weiteren Entwicklung der Anzahl der Infektionsfälle sowie den in Deutschland und den Partnerländern getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung

der Infektionen kann nicht ausgeschlossen werden, dass insbesondere die Gesamtleistung, die Einnahmen, die Erreichung der Ausgabenobergrenzen im TZ-Titel, die Steuerungskennzahl und der allgemeine VGK-Satz negativ betroffen sein könnten. Da jedoch die Notwendigkeit der Entwicklungszusammenarbeit im Anschluss an die Pandemie unverändert fortbestehen oder noch größer sein wird, gehen wir davon aus, dass die Auswirkungen beherrschbar sein werden. Im Rahmen der unterjährigen Prognosen (30. Juni und 30. September 2020) werden die Auswirkungen auf das laufende Geschäftsjahr bewertet und analysiert.

C. RISIKEN UND CHANCEN

RISIKEN

Die GIZ verfügt über ein Risikomanagement-System (RM 2.0), das Grundsätze, Prozesse und Rollen zum aktiven Umgang mit Risiken beschreibt. Halbjährlich werden in diesem Zusammenhang mögliche unternehmensweite Risiken erhoben, über die der Vorstand und der Aufsichtsrat der GIZ informiert werden. Zusätzlich hat die GIZ ein professionelles Sicherheitsrisiko- und Krisenmanagement implementiert, um die Risiken zu minimieren und Einsätze in fragilen Kontexten und Hochrisikoländern zu sichern.

Im Rahmen der Umsetzung der neuen Unternehmensstrategie 2020–2022 steht die GIZ vor einer Reihe von Herausforderungen. Diese beziehen sich insbesondere auf:

- die Aufrechterhaltung der hohen Leistungsfähigkeit der Umsetzungsstruktur im In- und Ausland bei gleichzeitig steigender Volatilität, Heterogenität und Komplexität in der Umsetzung sowie die weitere Beschleunigung der wirtschaftlichen und prüfungssicheren Verausgabung und Umsetzung von Mitteln,
- neue Compliance-Anforderungen, die die kaufmännischen und rechtlichen Anforderungen entlang des gesamten Auftragsmanagementprozesses erhöhen,
- die digitale Transformation, d. h. die IT-Sicherheit weiter zu verbessern und umfangreiche Aktualisierungen der IT-Systeme vorzunehmen.

Weitere Herausforderungen für die schnelle und störungsfreie Projektumsetzung ergeben sich aus:

- der zunehmend schwierigen Besetzung von Vakanzen mit qualifiziertem Personal (insbesondere, aber nicht nur in fragilen Ländern) sowie
- teilweise verzögerten völkerrechtlichen Übereinkünften zwischen der Bundesregierung und den Partnerregierungen.

Im Geschäftsbereich InS bestehen zudem weiterhin hohe offene Forderungen (27 Mio. ϵ ; Vorjahr: 34 Mio. ϵ) in Saudi-Arabien, für die in Höhe von 9 Mio. ϵ Wertberichtigungen gebildet wurden. Daneben wurde von der saudiarabischen Regierung eine Rückforderung in Höhe von 4 Mio. ϵ für ein bereits abgerechnetes Projekt gestellt, für die eine Rückstellung gebildet wurde. Die GIZ steht hierzu – unterstützt durch die deutsche Bundesregierung – in engem Austausch mit den saudischen Partnern.

Der Hauptauftraggeber der GIZ, das BMZ, setzt derzeit einen internen Strategieprozess ("BMZ 2030") um, der u. a. eine Reduktion der Partnerländer vorsieht. Durch die Reduktion der Partnerländer auf insgesamt 60 Länder ergeben sich personalpolitische Risiken (z. B. durch mögliche Abfindungen und Klagen), Reputationsrisiken (z. B. durch unzureichend koordinierte Exits oder Exit-Kommunikation gegenüber Partnerregierungen), geschäftspolitische Risiken (Portfolio der potenziellen Ausstiegsländer ist sehr stark BMZ-geprägt, Möglichkeit der Andockung von Kofinanzierungen entfällt bei Wegfall des BMZ-Geschäfts, weitere Akquise wird erschwert). Eine mögliche Umverteilung von frei gewordenen Mitteln auf andere Partnerländer fordert die GIZ sowie Partnerstrukturen und deren Absorptionsfähigkeit.

CHANCEN

Neben den Risiken bieten sich der GIZ die folgenden Chancen:⁶

Die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen ist weiterhin ein wichtiges Themengebiet, für das national und international hohe Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ein entscheidender Wettbewerbsvorteil der GIZ besteht darin, dass sie als zertifizierte Umsetzungsorganisation für delegierte Kooperationen Fördergelder der EU verwalten kann. Zusätzlich werden neben der bisher erfolgten Beauftragung weitere Bewilligungen im Rahmen des GCF erwartet. Um die sich hier ergebenden Chancen auch weiterhin nutzen zu können, schärft die GIZ ihr Profil mit der "Klima-Roadmap".

Vorhaben in Afrika rücken immer mehr in den Fokus der Auftraggeber und genießen eine hohe politische Priorität. Von den Durchführungsorganisationen wird erwartet, innerhalb kürzester Zeit und ohne Reduzierung der Qualitätsstandards großvolumige Vorhaben umzusetzen und nachhaltige Wirkungen zu erzielen. Die GIZ hat aufgrund ihrer starken Präsenz vor Ort und ihrer professionellen Arbeit bereits überzeugen können. Um weiterhin die Chance nutzen und an diesem Trend partizipieren zu können, werden neue Formen der Zusammenarbeit erarbeitet.

Das Drittmittelgeschäft ist ein entscheidender Motor für die Geschäftsentwicklung der GIZ. Über dieses Marktsegment kann nicht nur die Diversifizierung von Auftraggeber- und Leistungsportfolio vorangetrieben werden. Es ermöglicht auch, strategische Kooperationen anzubahnen und den Wirkungsgrad der Vorhaben zu erhöhen.

Die GIZ agiert heute vielfach im gleichen Handlungsraum wie multilaterale Organisationen. Das bietet die Chance, sich komplementär zu vernetzen und gemeinsam neue Auftrags- und Kooperationsformate mit hoher Wirksamkeit zu entwickeln.

Die transformative Kraft der Digitalisierung und der damit einhergehende rasante technologische Wandel sind Herausforderung und Chance zugleich. Mit Hilfe innovativer Technologien und digitalisierter Prozesse kann die GIZ neue Dienstleistungen und Geschäftsmodelle etablieren und so die Wirksamkeit ihrer Leistungen für ihre Auftraggeber weiter erhöhen.

Durch eine strategischere und konzentriertere Aufstellung der deutschen EZ im Zuge von "BMZ 2030" können sich Chancen für die GIZ ergeben, wenn die deutsche EZ in den Partnerländern noch sichtbarer wird und es dort auch durch verstärkte Unterstützung des BMZ einfacher wird, Kofinanzierungen und Aufträge im Drittmittelgeschäft einzuwerben.

Bonn/Eschborn, 12. Mai 2020

Der Vorstand

Tanja Gönner Thorsten Schäfer-Gümbel Sprecherin des Vorstands Mitglied des Vorstands

⁶ Siehe hierzu auch Kapitel I. B. Strategie – Entwicklungen und Trends im Umfeld der GIZ.

JAHRES-ABSCHLUSS 2019

BILANZ

ZUM 31. DEZEMBER 2019

AKTIVA

			in €		in T€
	Position im Anhang		31.12.2019		31.12.2018
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	(1)				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			2.198.749,48		2.209
II. Sachanlagen	(1)				
 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten ein- schließlich der Bauten auf fremden Grundstücken 		320.901.088,90		183.642	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		26.207.378,00		18.283	
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		0,00	347.108.466,90	122.872	324.797
III. Finanzanlagen	(2)				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		25.000,00		76	
2. Beteiligungen		535.862,01		536	
3. Wertpapiere des Anlagevermögens		162.667.808,91		162.668	
		343.925,95		417	
4. Sonstige Ausleihungen		343.923,93			
4. Sonstige Ausleihungen 5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben		20.024.179,64	183.596.776,51 532.903.992,89	17.774	
5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben B. Umlaufvermögen	(2)	•		17.774	
5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben B. Umlaufvermögen I. Vorräte	(3)	20.024.179,64			
5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben B. Umlaufvermögen I. Vorräte 1. Noch nicht abgerechnete Leistungen	(3)	20.024.179,64	532.903.992,89	23,976	508.47
5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben B. Umlaufvermögen I. Vorräte 1. Noch nicht abgerechnete Leistungen 2. Geleistete Anzahlungen		20.024.179,64			508.47
5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben B. Umlaufvermögen I. Vorräte 1. Noch nicht abgerechnete Leistungen 2. Geleistete Anzahlungen II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	20.024.179,64 20.024.179,64 33.229.355,74 644.047.917,62	532.903.992,89	23.976 595.413	508.47
5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben B. Umlaufvermögen I. Vorräte 1. Noch nicht abgerechnete Leistungen 2. Geleistete Anzahlungen II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen aus Leistungen		20.024.179,64 33.229.355,74 644.047.917,62 69.346.322,53	532.903.992,89	23.976 595.413 61.283	508.47
5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben B. Umlaufvermögen I. Vorräte 1. Noch nicht abgerechnete Leistungen 2. Geleistete Anzahlungen II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen aus Leistungen 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		20.024.179,64 33.229.355,74 644.047.917,62 69.346.322,53 0,00	532.903.992,89	23.976 595.413 61.283 815	508.47
5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben B. Umlaufvermögen I. Vorräte 1. Noch nicht abgerechnete Leistungen 2. Geleistete Anzahlungen II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen aus Leistungen 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen 3. Vermögen in den Projekten		20.024.179,64 33.229.355,74 644.047.917,62 69.346.322,53 0,00 203.647.711,18	532.903.992,89 677.277.273,36	23.976 595.413 61.283	508.47° 619.389
5. Ansprüche aus Verwaltungskostenguthaben B. Umlaufvermögen I. Vorräte 1. Noch nicht abgerechnete Leistungen 2. Geleistete Anzahlungen II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen aus Leistungen 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		20.024.179,64 33.229.355,74 644.047.917,62 69.346.322,53 0,00	532.903.992,89	23.976 595.413 61.283 815 225.835	181.471 508.477 619.389 305.661
B. Umlaufvermögen I. Vorräte 1. Noch nicht abgerechnete Leistungen 2. Geleistete Anzahlungen II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen aus Leistungen 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen 3. Vermögen in den Projekten 4. Sonstige Vermögensgegenstände III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben und Guthaben		20.024.179,64 33.229.355,74 644.047.917,62 69.346.322,53 0,00 203.647.711,18	532.903.992,89 677.277.273,36 298.985.320,84	23.976 595.413 61.283 815 225.835	619.389
B. Umlaufvermögen I. Vorräte 1. Noch nicht abgerechnete Leistungen 2. Geleistete Anzahlungen II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen aus Leistungen 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen 3. Vermögen in den Projekten 4. Sonstige Vermögensgegenstände III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben und Guthaben		20.024.179,64 33.229.355,74 644.047.917,62 69.346.322,53 0,00 203.647.711,18	532.903.992,89 677.277.273,36 298.985.320,84 450.422.009,26	23.976 595.413 61.283 815 225.835	508.47 ² 619.389 305.661 439.785

Vermerkposten	(9)		
		6.397.593	6.445

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit ($\mathfrak E$) auftreten.

PASSIVA

		in €		in T€
Position im Anhang		31.12.2019		31.12.2018
(5)	20.452.000,00		20.452	
	-11.759.713,27		-11.760	
		8.692.286,73		8.692
(5)		5.112.918,81		5.113
(6)		196.544.976,17		167.047
		0,00		0
		210.350.181,71	_	180.852
(7)				
		139,390,495.00		139.390
				398
		148.627.094,74		118.637
-		289.038.285,44		258.425
(8)				
		98.181.212,12		84.700
		1.278.447.948,82		1.290.145
		78.169.083,36		53.904
-		779.503,55		1.022
-		12.136.004,23		10.209
		1.467.713.752,08		1.439.980
		1.467.713.752,08 1.450.954,72		1.439.980 1.667
	(5) (5) (6) (7)	(5) 20.452.000,00 -11.759.713,27 (5) (6) (7)	(5) 20.452.000,00	(5) 20.452.000,00 20.452 -11.759.713,27 -11.760 8.692.286,73 (5) 5.112.918,81 (6) 196.544.976,17 0,00 210.350.181,71 (7) 139.390.495,00 1.020.695,70 148.627.094,74 289.038.285,44 (8) 98.181.212,12 1.278.447.948,82 78.169.083,36 779.503,55

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2019

			in €		in T€
	Position im Anhang		2019		2018
1. Umsatzerlöse	(10)	3.025.147.411		2.623.068	
Veränderung des Bestands an noch nicht abgerechneten Leistungen		9.170.676		3.815	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		0		161	
Gesamtleistung			3.034.318.087		2.627.044
4. Sonstige betriebliche Erträge	(11)		15.138.027		10.948
5. Materialaufwand	(12)				
a) Aufwendungen für bezogene Waren		180.472.069		161.172	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		1.579.580.288	1.760.052.357	1.331.922	1.493.094
6. Personalaufwand	(13)				
a) Löhne und Gehälter		924.389.043		825.572	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersver- sorgung und für Unterstützung – davon für Altersver- sorgung: € 71.936.610 (Vorjahr: € 65.608.451)		211.378.176	1.135.767.219	186.192	1.011.764
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			14.248.149		11.856
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(14)		106.707.448		88.192
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens			33.901		41
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			316.834		141
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen			0		0
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(15)		2.429.397		1.242
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(16)		519.305		912
14. Ergebnis nach Steuern			30.082.974		31.114
15. Sonstige Steuern			585.069		219
16. Jahresergebnis			29.497.905		30.895
17. Einstellung in die satzungsmäßigen Rücklagen			-29.497.905		-30.895
18. Bilanzgewinn			0		0

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€) auftreten.

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2019

ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ UND DER GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bonn/Eschborn, ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 Handelsgesetzbuch (HGB). Der Jahresabschluss der GIZ ist nach den Vorschriften des HGB sowie den ergänzenden Vorschriften des GmbH-Gesetzes für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurde in der Bilanz der Posten "Vermögen in den Projekten" aufgenommen. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren. Die gesetzlich geforderten Angaben zur Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung werden grundsätzlich im Anhang vorgenommen.

Die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts entfällt, da die einzubeziehenden Tochterunternehmen im Sinne des § 296 Abs. 2 Nr. 1 HGB für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind.

ALLGEMEINE ANGABEN ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

ANLAGEVERMÖGEN

IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SACHANLAGEN

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. zu Herstellungskosten, vermindert um die nutzungsbedingten Abschreibungen entsprechend den betriebsindividuellen Gegebenheiten des Werteverzehrs, angesetzt worden. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear "pro rata temporis".

Die Nutzungsdauern der wesentlichen Gruppen sind folgender Tabelle zu entnehmen:

	Jahre
EDV-Programme, sonstige Rechte	3 - 7
Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	5 – 50
Maschinen und maschinelle Anlagen	5 – 19
Sonstige technische Anlagen und Maschinen	4 – 10
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 – 14

Der Mäanderbau sowie der Campus in Bonn werden über 33 Jahre, das Bürogebäude in Berlin wird über 40 Jahre und der Campus Kottenforst in Bonn über 50 Jahre abgeschrieben. Bei den Gebäuden und Nutzungsrechten in Partnerländern erfolgen die Abschreibungen zwischen acht und 20 Jahren.

Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG) mit Anschaffungskosten von 250 € bis 1.000 € wird im Anschaffungsjahr ein Sammelposten gebildet. Dieser wird linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Das zuwendungsfinanzierte Anlagevermögen ist vollständig durch Investitionszuschüsse finanziert. Die Investitionszuschüsse wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Hergestellte Gebäude werden zu Herstellungskosten aktiviert. Zu den Herstellungskosten zählen die einzeln zurechenbaren Kosten durch den Einsatz von Personal sowie angemessene Teile der Fertigungsgemeinkosten.

FINANZANLAGEN

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet bzw. zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert angesetzt. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn voraussichtlich dauernde Wertminderungen vorliegen. Sofern die Gründe für in Vorjahren vorgenommene Abschreibungen entfallen sind, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Die in den sonstigen Ausleihungen enthaltenen langfristigen Darlehen an Mitarbeiter*innen für den Erwerb selbst genutzten Wohneigentums wurden mit 2,5 % p. a. abgezinst. Ansonsten erfolgte der Ansatz zum Nennwert.

UMLAUFVERMÖGEN

Die Wertansätze des Umlaufvermögens erfolgen zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips.

Die noch nicht abgerechneten Leistungen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung angemessener Gemeinkosten, die geleisteten Anzahlungen und Forderungen mit den Nennwerten unter Berücksichtigung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen angesetzt.

Bei dem Vermögen in den Projekten handelt es sich um einen besonderen Bilanzposten der GIZ, der einem besseren Einblick in die Vermögens- und Finanzlage dient. In diesem Posten sind die projektbezogenen Kassen- und Bankbestände sowie Forderungen und zugehörige Verbindlichkeiten saldiert enthalten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert angesetzt.

Kassenbestände und Bankguthaben sind zu Nominalwerten bewertet, soweit nicht in Einzelfällen der niedrigere beizulegende Wertansatz geboten ist.

FREMDWÄHRUNGSFORDERUNGEN UND -VERBINDLICHKEITEN

Die Wertansätze für langfristige Fremdwährungsforderungen bzw. -verbindlichkeiten erfolgen zum Niederst- bzw. Höchstwert. Kurzfristige Fremdwährungsforderungen bzw. -verbindlichkeiten und Bankguthaben mit Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Für nicht konvertible Währungen erfolgt keine Umrechnung bzw. Neubewertung. Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten, die in dem Posten Vermögen in den Projekten ausgewiesen werden, werden mit dem Kurs der Ursprungsbuchung erfasst. Grund hierfür ist, dass diese Forderungen und Verbindlichkeiten immer in der jeweiligen Fremdwährung mit dem Gegenwert in Hauswährung zum Kurs der Ursprungsbuchung beglichen werden.

AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt worden, bei dessen Ermittlung auch unmittelbar bestehende Ausgleichsansprüche – den Verpflichtungsumfang mindernd – berücksichtigt werden.

Im Geschäftsjahr 2015 hat die GIZ die bis zum 30. Juni 2015 nach dem Tarifvertrag Nr. 3 über die betriebliche Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung für die Mitarbeiter*innen der Zentrale (alte bAV) erworbenen Ansprüche der betrieblichen Altersversorgung auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagert. Im Jahr 2016 wurden die restlichen Ansprüche mit Wirkung zum 1. September 2016 auf die im Jahr 2015 gegründete GIZ Unterstützungskasse GmbH ausgelagert.

Die bis zum 31. Dezember 2015 entstandenen Verpflichtungen aus dem Versorgungstarifvertrag vom 1. März 2004 (bAV 2005) wurden 2015 von der GIZ Unterstützungskasse GmbH übernommen und im Geschäftsjahr 2017 auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagert. Die Ansprüche aus entstandenen Verpflichtungen seit dem 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2016 aus diesem Versorgungstarifvertrag, welche 2016 noch von der GIZ selbst erfüllt wurden, wurden 2017 ebenfalls auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagert. Die Ansprüche ab dem 1. Januar 2017 werden durch die GIZ Unterstützungskasse GmbH erfüllt.

Die ausgelagerten Zusagen sind wegen der künftigen Erfüllung durch die Deutscher Pensionsfonds AG bzw. die GIZ Unterstützungskasse GmbH als mittelbare Verpflichtung zu klassifizieren.

Für mittelbare Verpflichtungen besteht nach Artikel 28 Abs. I Satz 2 EGHGB ein Passivierungswahlrecht, von welchem die GIZ Gebrauch macht. Zu jedem Bilanzstichtag ist die Differenz zwischen den notwendigen Erfüllungsbeträgen abzüglich der im Abschluss der GIZ gebildeten Pensionsrückstellungen und abzüglich des Zeitwertes des Vermögens in den Versorgungsträgern Pensionsfonds bzw. Unterstützungskasse als Fehlbetrag im Anhang anzugeben.

Zu den wesentlichen zum 31. Dezember 2019 angewendeten versicherungsmathematischen Parametern verweisen wir auf unsere Ausführungen unter (7) Rückstellungen.

Die sonstigen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind gemäß § 253 Abs. 2 S. 1 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins (veröffentlicht von der Deutschen Bundesbank) der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst worden.

Eine versicherungsmathematisch berechnete Rückstellung (Unfallrente) wurde nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Berücksichtigung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck bewertet.

VERBINDLICHKEITEN UND ERHALTENE ANZAHLUNGEN

Die Verbindlichkeiten und erhaltenen Anzahlungen sind zu ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Derivative Finanzinstrumente werden als schwebende Geschäfte grundsätzlich nicht bilanziert. Nicht realisierte Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten werden ergebniswirksam zurückgestellt, soweit diese nicht in eine Bewertungseinheit einbezogen sind und nicht durch gegenläufige Wertänderungen des Grundgeschäfts kompensiert werden. Zusammengehörige Grundgeschäfte und Derivate werden zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die Bewertungseinheiten werden nach der Einfrierungsmethode bilanziert.

LATENTE STEUERN

Die latenten Steuern resultieren aus den nachstehenden temporären Differenzen.

BILANZPOSITION

	31.12.2019 Differenz Handels- vs. Steuer- bilanz	Steuersatz	31.12.2019 latente Steuern
	in T€	in %	in T€
Kassenbestand, Bundesbankguthaben und Guthaben bei			
Kreditinstituten	-281	28,325	-80
Sonstige Forderungen	-384	28,325	-109
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche			
Verpflichtungen	21.139	28,325	5.988
Sonstige Rückstellungen	2.191	28,325	621
Sonstige Verbindlichkeiten	2	28,325	0
	22.667		6.420

Zum Bilanzstichtag ergeben sich saldiert aktive latente Steuern von $6.420~\mathrm{T}\mbox{\ensuremath{\varepsilon}}.$

Latente Steuern werden auf die Unterschiede in den Bilanzansätzen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Der Berechnung der latenten Steuern liegt ein effektiver Steuersatz von 28,325 % zugrunde, der sich voraussichtlich zum Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen ergeben wird. Aktive und passive latente Steuern werden saldiert ausgewiesen. Im Falle eines Aktivüberhangs der latenten Steuern zum Bilanzstichtag wird von dem Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

GEWINNVERWENDUNG

Der Gesellschaftsvertrag legt fest, dass Gewinne ausschließlich für gemeinnützige und satzungsgemäße Zwecke zu verwenden sind.

Eine Einstellung in die satzungsmäßigen Rücklagen erfolgt in Höhe des Jahresüberschusses von 29.497.905 €.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(1) IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SACHANLAGEN

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist als Anlage zum Anhang (Anlagenspiegel) dargestellt.

(2) FINANZANLAGEN

Im Geschäftsjahr 2015 gründete die GIZ ihre eigene Versorgungseinrichtung, die GIZ Unterstützungskasse GmbH mit Sitz in Bonn, und hält alle Anteile. Das Eigenkapital der GIZ Unterstützungskasse GmbH betrug zum 31. Dezember 2019 25.000 € und das Jahresergebnis im Geschäftsjahr o €.

Seit 2014 besitzt die GIZ Anteile in Höhe von 51% an dem verbundenen Unternehmen GIZ-Festo Training Services LL.C in Riad, Saudi-Arabien. Das Eigenkapital der Gesellschaft betrug bei Gründung im Jahr 2014 500.000 SAR (umgerechnet zum Stichtagskurs 31. Dezember 2019: 116.385 €). Die Gesellschaft wurde im Jahr 2019 liquidiert und die Beteiligung wurde ausgebucht.

Des Weiteren hält die GIZ seit 2010 eine Beteiligung in Höhe von 49 % an der sequa gGmbH mit Sitz in Bonn zu Anschaffungskosten von 535.862 €. Im Geschäftsjahr 2018 betrugen das Eigenkapital der sequa gGmbH 3.646.643,01 € und der Jahresüberschuss 467.428 €. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 liegt noch nicht vor. Das Verwaltungskostenguthaben wird bei der Deutscher Pensionsfonds AG separat geführt und von dieser verwaltet. Über die Entwicklung und den Stand des Verwaltungskostenguthabens erfolgt jährlich eine Mitteilung des Pensionsfonds an die GIZ. Das Verwaltungskostenguthaben beträgt zum Bilanzstichtag 20.024.179,64 €.

(3) VORRÄTE

GELEISTETE ANZAHLUNGEN

Von den geleisteten Anzahlungen in Höhe von 644.047.918 € sind insgesamt 10.075.875 € durch Bürgschaften gesichert. Die geleisteten Anzahlungen sind mit 1% pauschalwertberichtigt. Insgesamt haben 134.935.321 € (i. Vj. 126.506.181 €) eine Laufzeit von mehr als einem Jahr.

GELEISTETE ANZAHLUNGEN NACH ART DES VERTRAGES

	2019	2018
	in €	in €
Finanzierungsverträge	554.952.592	485.198.563
Dienstleistungsverträge	88.657.368	88.984.996
Sachgüterbeschaffungen	10.211.952	34.601.579
Verwaltete Mittel (Twinning)	186.000	344.633
Sonstige	313.675	400.168
Wertberichtigungen	-6.704.176	-6.249.032
Noch nicht verrechnete Umsatzsteuer auf geleistete Anzahlungen	-3.569.493	-7.868.133
	-0.000.400	7.000.133
Gesamt	644.047.918	595.412.774

(4) FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

		2019			2018			
	Restlaufzeit unter 1 Jahr	Restlaufzeit über 1 Jahr	Gesamt 2019	davon gegen die Gesell- schafterin	Restlaufzeit unter 1 Jahr	Restlaufzeit über 1 Jahr	Gesamt 2018	davon gegen die Gesell- schafterin
	€	€	€	€	T€	T€	T€	T€
1. Forderungen aus Leistungen								
gemeinnütziger Geschäftsbereich	33.274.916	0	33.274.916	29.977.932	23.979	0	23.979	23.118
steuerpflichtiger								
Geschäftsbereich	36.071.407	0	36.071.407	0	37.195	108	37.303	0
	69.346.323	0	69.346.323	29.977.932	61.174	108	61.282	23.118
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0	0	814	0	814	0
3. Vermögen in den Projekten		-						
Kassen- und Bankbestände	53.707.784	0	53.707.784	0	77.756	0	77.756	0
vorgelegte Partnerschafts- leistungen	11.065.036	0	11.065.036	0	81	0	81	0
Forderungen, Sonstiges	152.126.159	0	152.126.159	0	159.672		159.672	0
Verbindlichkeiten, Sonstiges	-13.251.268	0	-13.251.268	0	-11.673		-11.673	0
<u> </u>	203.647.711	0	203.647.711	0	225.836	0	225.836	0
4. Sonstige Vermögens- gegenstände								
Forderungen								
aus Agio, vgl. Pos. (5)	0	4.090.335	4.090.335	4.090.335	0	4.090	4.090	4.090
aus Mietvorschüssen im Ausland	2.991.504	150.540	3.142.044	0	2.450	70	2.520	0
an Personal aus Reise- und Aufwendungs-	0.000.547	100 / 00	0.007.000	•			F 000	
vorschüssen	6.698.514	186.469	6.884.983	0	5.926	2	5.928	0
an Finanzämter	3.591.316		3.591.316	0	-330		-330	0
Sonstige	8.282.609	0	8.282.609	0	5.520		5.520	0
	21.563.943	4.427.344	25.991.287	4.090.335	13.566	4.162	17.728	4.090
	294.557.977	4.427.344	298.985.321	34.068.267	301.390	4.270	305.660	27.208

(5) KAPITAL DER GESELLSCHAFT (DURCH EINZAHLUNG)

Das gezeichnete Kapital sowie die Kapitalrücklage werden zum Nennwert bilanziert.

in €	2019	2018
Gezeichnetes Kapital	20.452.000	20.452.000
Kapitalrücklage	5.112.919	5.112.919
Dagegen stehen:		
ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	11.759.713	11.759.713
noch nicht eingefordertes Agio, vgl. (4)	4.090.335	4.090.335

Bei den ausstehenden Einlagen auf das gezeichnete Kapital handelt es sich um die noch nicht eingeforderten Teile der gemäß Gesellschafterbeschluss vom 23. Juni 1978 durchgeführten und im Handelsregister eingetragenen Kapitalerhöhung. Die beiden letztgenannten Posten sind als Risikokapital anzusehen und können im Bedarfsfall mit Zustimmung der Gesellschafterin eingefordert werden.

(6) SATZUNGSMÄSSIGE RÜCKLAGEN

ENTWICKLUNG DER SATZUNGSMÄSSIGEN RÜCKLAGEN

	in €
Vortrag zum 1. Januar 2019	167.047.071
Einstellung des Jahresüberschusses	29.497.905
Stand 31. Dezember 2019	196.544.976
Davon entfallen auf:	
gebundene Rücklagen	161.852.608
freie Rücklagen	34.692.368
	196.544.976

(7) RÜCKSTELLUNGEN

RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

Die noch ausgewiesenen Rückstellungen betreffen die in den Jahren 2015 bis 2017 ausgelagerten Pensionsverpflichtungen der sogenannten alten bAV (bis 2004) und bAV 2005. Diese Rückstellungen wurden zum Zeitpunkt der Auslagerung in Höhe des bilanzierten Betrages eingefroren.

Bei den Ansprüchen aus der alten bAV und den Ansprüchen aus der bAV 2005 handelt es sich um mittelbare Verpflichtungen, für die nach Artikel 28 Abs. I Satz 2 EGHGB ein Passivierungswahlrecht besteht, von welchem die GIZ Gebrauch macht. Demnach ist zu jedem Bilanzstichtag die Differenz zwischen den notwendigen Erfüllungsbeträgen abzüglich der eingefrorenen Rückstellungen und abzüglich des Zeitwertes des Vermögens in den Versorgungsträgern Pensionsfonds bzw. Unterstützungskasse als Fehlbetrag im Anhang anzugeben.

Die Erfüllungsbeträge wurden versicherungsmathematisch mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre berechnet, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Im Vergleich zur Abzinsung mit dem Sieben-Jahres-Durchschnittszins (1,97%) ergibt sich zum 31. Dezember 2019 ein Unterschiedsbetrag von 160.632.055 €.

Die wesentlichen versicherungsmathematischen Parameter sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

	in %
Rechnungszinssatz	2,72
Anwartschaftsdynamik neue betriebliche Altersversorgung	5,30
Anwartschaftsdynamik alte betriebliche Altersversorgung	3,75
Rentendynamik bAV 2005, jährlich	1,00
Rentendynamik alte bAV, jährlich	1,00
BBG-Trend (Beitragsbemessungsgrenze-Trend), jährlich	2,50
Fluktuation, gestaffelt nach Alter, bis	12,00

Somit ergibt sich zum Bilanzstichtag für die mittelbare Verpflichtung, welche durch die Deutscher Pensionsfonds AG erfüllt wird, eine Unterdeckung von 139.757.211 €.

	in €
Erfüllungsbetrag	713.561.865
Pensionsfondsvermögen	506.462.765
Eingefrorene Pensionsrückstellungen	67.341.889
Unterdeckung	139.757.211

Es liegt für die mittelbare Verpflichtung, welche durch die GIZ Unterstützungskasse GmbH, Bonn, erfüllt wird, zum Bilanzstichtag eine Unterdeckung von 22.091.843 € vor.

	in €
Erfüllungsbetrag	284.598.513
Unterstützungskassenvermögen	13.912.750
Aktivwert Rückdeckungsversicherungen	176.545.314
Eingefrorene Pensionsrückstellungen	72.048.606
Unterdeckung	22.091.843

SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen für Altersteilzeit- und Beihilfeverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Berechnungsverfahren ermittelt. Dabei sind fristenkongruente durchschnittliche Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 0,97 % und 1,97 % angewendet worden.

Die Verpflichtungen aus der Altersteilzeit in Höhe von 352.I37 € wurden mit einer unverzinslichen Festgeldanlage (Deckungsvermögen) von 200.000 € verrechnet. Der Zeitwert entspricht den Anschaffungskosten.

Die Rückstellung für Langzeitkonten wird analog den Vorschriften für wertpapiergebundene Versorgungszusagen nach § 253 Abs. I S. 3 HGB mit dem Zeitwert bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre bewertet worden.

Die im Wesentlichen gebildeten sonstigen Rückstellungen sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

	2019	2018
	in €	in T€
Langzeitkonten	44.049.140	35.646
Gegenwertzahlung aufgrund des Ausscheidens aus der VBL ¹	22.858.518	26.338
Gewährleistungs- und Kalkulationsrisiken	28.956.801	15.752
Variable Vergütung	12.568.977	11.687
Urlaubsguthaben	12.375.608	10.587

¹ VBL: Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

(8) VERBINDLICHKEITEN

in €	Restlaufzeit				
	< 1 Jahr	> 1 Jahr	davon > 5 Jahre	Gesamt 2019	davon gegenüber Gesellschafterin
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.944.212	89.237.000	53.717.000	98.181.212	0
2. Erhaltene Anzahlungen					
gemeinnütziger Geschäftsbereich	1.241.372.208	0	0	1.241.372.208	1.227.701.405
steuerpflichtiger Geschäftsbereich	65.404.024	0	0	65.404.024	0
Wertberichtigung	175.425	0	0	175.425	0
	1.306.951.657	0	0	1.306.951.657	1.227.701.405
abzüglich					
noch nicht verrechnete Umsatzsteuer auf erhaltene Anzahlungen	-28.503.708	0	0	-28.503.708	-26.416.605
	1.278.447.949	0	0	1.278.447.949	1.201.284.800
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	78.169.083	0	0	78.169.083	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	779.504	0	0	779.504	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten	10.826.879	1.309.125	796.938	12.136.004	0
	1.377.167.627	90.546.125	54.513.938	1.467.713.752	1.201.284.800

in T€	Restlaufzeit				
	< 1 Jahr	> 1 Jahr	davon > 5 Jahre	Gesamt 2018	davon gegenüber Gesellschafterin
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	84.700	84.700	84.700	0
2. Erhaltene Anzahlungen					
gemeinnütziger Geschäftsbereich	1.247.342	0	0	1.247.342	1.226.924
steuerpflichtiger Geschäftsbereich	71.218	0	0	71.218	0
Wertberichtigung	76	0	0	76	0
	1.318.636	0	0	1.318.636	1.226.924
abzüglich					
noch nicht verrechnete Umsatzsteuer auf erhaltene Anzahlungen	-28.491	0	0	-28.491	-25.874
	1.290.145	0	0	1.290.145	1.201.050
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	53.904	0	0	53.904	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.022			1.022	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten	8.809	1.399	908	10.208	0
	1.353.880	86.099	85.608	1.439.979	1.201.050

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen sonstige Verbindlichkeiten gegenüber der GIZ Unterstützungskasse GmbH.

DARLEHENSVERTRAG

Zwischen der GIZ und der Deutsche Postbank AG besteht ein Darlehensvertrag für den Erwerb des Grundbesitzes und die Herstellung des GIZ-Campus in Bonn mit einer Laufzeit bis zum 2. Januar 2031. Die Darlehenssumme beträgt 104.037.000 €. Zum Bilanzstichtag besteht noch eine Darlehensverbindlichkeit in Höhe von 98.117.000 €.

Zur Besicherung des Darlehens wurde eine Buchgrundschuld für den GIZ-Campus in Bonn in Höhe von 104.037.000 € nebst 15 % jährlicher Zinsen und einer einmaligen Nebenleistung in Höhe von 10 % eingetragen. Daneben wurde eine weitere Buchgrundschuld in Höhe von 65.100.000 € nebst 15 % jährlicher Zinsen und einer einmaligen Nebenleistung in Höhe von 10 % auf den Grundbesitz "Mäander" eingetragen.

Für diese Immobilienfinanzierung wurde eine Zinsswap-Vereinbarung abgeschlossen. Hierzu wurde für jeden Monat der Kreditlaufzeit der vereinbarte variable Zins (Fixmarge zzgl. Einmonats-EURIBOR) durch monatliche Zinsswaps angepasst an den Tilgungsplan abgesichert, welche jeweils eine Bewertungseinheit mit dem zugehörigen Darlehen bilden. Im Rahmen der Zinsswap-Vereinbarung werden die variablen Zinsaufwendungen für das aufgenommene Immobiliendarlehen dadurch in Festzinszahlungen von 0,76 % p. a. transformiert.

Grundgeschäft/ Sicherungsgeschäft	Risiko/Art der Bewertungseinheit	Einbezogener Betrag
Variable Zinszahlung aus Kreditfinanzie-	Zinsrisiko/	
rung/Zinsswap	Microhedge	98.117.000 €

Das Grundgeschäft ist ein variabel verzinstes Darlehen und hat eine Laufzeit bis Januar 2031; bis dahin werden sich die gegenläufigen Wertänderungen aus Grund- und Sicherungsgeschäft voraussichtlich ausgleichen.

Die prospektive Effektivität, d. h. für den Planungszeitraum von Sicherungsbeginn und an jedem Stichtag für den noch offenen Zeitraum der Sicherungsbeziehung, wurde mittels der dokumentierten Gegenüberstellung der aufeinander abgestimmten Bedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument anhand der Critical-Terms-Match-Methode nachgewiesen. Sämtliche Parameter (Nominalwert, Laufzeit und Indizes) zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft stimmen überein.

Die retrospektive Effektivität, d.h. die jeweiligen Ist-Zahlen zum Bilanzstichtag, wurde anhand der Critical-Terms-Match-Methode nachgewiesen. Die buchhalterische Abbildung erfolgt mit der Einfrierungsmethode.

(9) VERMERKPOSTEN TREUHANDVERMÖGEN/ TREUHANDVERBINDLICHKEITEN

	2019 in €	2018 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände		
und Sachanlagen	6.397.593	6.445.485

Dem Vermögen von 6.397.593 € stehen Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüber.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-UND VERLUSTRECHNUNG

(10) UMSATZERLÖSE

UMSATZERLÖSE NACH GESCHÄFTSBEREICHEN

	2019 in €	2018 in €
Auftragsgeschäfte	2.881.195.065	2.494.865.427
Zuwendungsgeschäfte (inkl. fremdfinanzierter		
Eigenmaßnahmen)	29.568.904	24.085.739
GnB	2.910.763.969	2.518.951.166
InS	114.383.442	104.116.455
	3.025.147.411	2.623.067.621

UMSATZERLÖSE NACH SITZ DER AUFTRAGGEBER

	2019 in €	in %	2018 in €	in %
Bundesrepublik Deutschland	2.950.874.861	98	2.557.952.594	98
Übriges Europa	57.596.664	2	46.018.713	2
Afrika	9.762.214	< 1	11.185.064	< 1
Amerika	1.728.954	< 1	1.401.373	< 1
Asien	5.184.718	< 1	6.509.877	< 1
	3.025.147.411		2.623.067.621	

UMSATZERLÖSE NACH REGIONALER TÄTIGKEIT

	2019 in €	in %	2018 in €	in %
Afrika	997.569.887	33	838.242.155	32
Amerika	195.486.669	6	183.608.237	7
Asien	810.863.160	27	733.090.047	28
Europa	318.929.005	11	296.511.908	11
Ozeanien	7.916.028	< 1	8.581.513	< 1
Überregional	694.382.662	23	563.033.761	21
	3.025.147.411		2.623.067.621	

IM Gnb verteilen sich die umsätze auf Folgende auftraggeber:

	2019 in €	2018 in €
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	2.505.584.120	2.166.816.865
Bundesministerium für Umwelt, Natur- schutz und nukleare Sicherheit (BMU)	165.081.390	145.345.418
Auswärtiges Amt (AA)	142.961.050	122.396.245
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)	31.012.376	27.027.258
Engagement Global GmbH	24.311.541	18.682.630
Bundesverwaltungsamt	12.832.872	12.521.223
Twinning/Programme öffentlicher Auftraggeber	4.124.291	4.605.332
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)	3.523.907	3.698.889
Umweltbundesamt	3.151.132	2.153.047
Übrige Umsatzerlöse	18.181.290	15.704.259
	2.910.763.969	2.518.951.166

BEI Ins verteilen sich die umsätze auf folgende auftraggeber:

	2019 in €	2018 in €
Europäische Union, Belgien	43.140.797	33.474.505
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	7.500.075	5.193.143
Auswärtiges Amt (AA)	5.839.607	1.659.513
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.	5.829.683	4.081.252
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), Schweiz	5.261.453	6.154.195
Bundesagentur für Arbeit ("Triple Win")	3.629.332	2.677.511
Ministère de la Santé, Demokratische Republik Kongo	2.409.191	2.586.435
Ministère du Travail, de l'Emploi et de la Sécurité Sociale, Algerien	2.190.820	899.246
Übrige Umsatzerlöse	38.582.484	47.390.655
	114.383.442	104.116.455

(11) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

ZUSAMMENSETZUNG SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE:

	2019 in €	2018 in €
Erträge aus Verwaltungs- kostenerstattung	2.566.337	2.581.592
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen	6.017.356	2.382.606
Erträge aus Auflösungen von Wertberichtigungen	1.373.677	1.532.420
Erträge aus Fremdwährungs- bewertungen	1.303.276	3.444.602
Sonstige Erträge	3.877.381	1.006.720
	15.138.027	10.947.940

Die Erträge aus Fremdwährungsbewertungen belaufen sich auf 1.303.276 € (i. Vj. 3.444.602 €). Die periodenfremden Erträge betragen 8.120.775 € (i. Vj. 4.338.281 €). Diese Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen und Einzelwertberichtigungen.

(12) MATERIALAUFWAND

	2019 in €	2018 in €
Aufwendungen für bezogene Waren	180.472.069	161.171.692
davon Sachbeschaffungen in den Projekten	101.476.110	103.234.701
davon Sachbeschaffungen durch die Zentrale	74.626.520	53.640.952
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.579.580.288	1.331.922.100
davon sonstige Fremdleistungen	1.026.983.593	835.646.432
davon in den Projekten angefallene Kosten	240.503.605	211.661.134
davon Finanzierungsbeiträge und Zuschüsse	117.130.998	100.779.796
	1.760.052.357	1.493.093.792

(13) PERSONALAUFWAND

	2019 in €	2018 in €
Löhne und Gehälter	924.389.042	825.571.538
davon Projektpersonal	428.491.701	391.332.503
davon Nationales Personal	265.522.812	226.671.986
davon Personal der Zentrale	193.075.269	173.794.021
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	211.378.176	186.192.065
davon Projektpersonal	97.332.510	88.135.684
davon Nationales Personal	43.479.670	36.219.247
davon Personal der Zentrale	54.297.087	49.833.095
	1.135.767.218	1.011.763.603

Die Aufwendungen für die GIZ Unterstützungskasse GmbH betrugen insgesamt 16.268.909,21 € (Vorjahr: 12.007.038,40 €).

(14) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

ZUSAMMENSETZUNG SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN:

	2019 in €	2018 in €
Raumkosten	29.522.843	24.472.866
Bürobetriebskosten	21.301.034	15.645.222
Aufwendungen aus Zuführung zu Rückstellungen für Gewährleistungs- und Preisrisiken	16.888.414	5.786.325
Beratungen, Gutachten und Übersetzungen	15.068.568	13.871.265
Aufwendungen für eigenes und Fremdpersonal	14.205.641	13.946.592
Aufwendungen aus der Zuführung zu Wertberichtigungen	1.290.751	6.137.891
Aufwendungen aus Fremdwährungs- bewertungen	897.543	1.941.333
Sonstige Aufwendungen	7.532.654	6.390.003
	106.707.448	88.191.497

Unter dieser Position wird der Aufwand für die Jahresabschlussprüfung von 137.000 € und für weitere Prüfungen von 90.552 €, die durch den Abschlussprüfer durchgeführt wurden, ausgewiesen. Die periodenfremden Aufwendungen betragen 12.703.582 € (i. Vj. 78.956 €).

Die Aufwendungen aus Fremdwährungsbewertungen belaufen sich auf 897.543 € (i. Vj. 1.941.333 €).

(15) ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN

Diese Aufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus dem Zinsaufwand aus Verbindlichkeiten in Höhe von 1.231.015 € (i. Vj. 862.935 €). Darin enthalten sind Zinsaufwendungen aus der Betriebsprüfung der Jahre 2012 bis 2015 in Höhe von 776.710 €. Der Zinsaufwand aus Rückstellungen für Aufzinsungen betrug 276.064 €.

(16) STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

	2019 in €	2018 in €
Körperschaftsteuer		
- Ertrag Vorjahr	596	521.586
- Aufwand lfd. Jahr	0	-1.389.773
- Aufwand Vorjahr	-366.424	-44.303
Ertrag Vorjahr	0	0
Kapitalertragsteuer	-877	0
Gewerbesteuer Vorjahr	-152.600	0
	-519.305	-912.490

WESENTLICHE EREIGNISSE VON BESONDERER BEDEUTUNG NACH DEM BILANZSTICHTAG

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 ergaben sich mit Ausnahme der Corona-Pandemie nicht.

SONSTIGE ANGABEN

GESELLSCHAFTSRECHTLICHE GRUNDLAGEN

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH mit Sitz in Bonn und Eschborn ist unter HR B 18384 in das Handelsregister beim Amtsgericht Bonn und unter HR B 12394 in das Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingetragen.

GESAMTBETRAG DER SONSTIGEN FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN

VERPFLICHTUNGEN AUS MIETVERTRÄGEN

Verpflichtungen aus Mietverträgen für Büroräume und Parkplätze (2020 bis 2027): 58.886.945 €. Davon sind im Jahr 2020 10.550.131 € fällig.

VERPFLICHTUNGEN AUS BESTELLOBLIGO FÜR INVESTITIONSVORHABEN

Zum Bilanzstichtag besteht ein Bestellobligo für Investitionsvorhaben in Höhe von 241.844 €.

VERPFLICHTUNGEN GEGENÜBER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Die GIZ Unterstützungskasse GmbH hat die Leistungspläne II und III aufgestellt; zur Finanzierung der Versorgungsleistungen wendet die GIZ der GIZ Unterstützungskasse GmbH die erforderlichen Mittel zu. Im Geschäftsjahr waren dies insgesamt 55,8 Mio. €. Der im Jahr 2015 geschlossene Leistungsplan I wurde im Jahr 2017 aufgehoben.

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Zur gemeinsamen Akquisition und Durchführung von Projektmaßnahmen in unterschiedlichen Aufgabenbereichen (Beschaffung von Sachgütern, Erbringung von Dienstleistungen) arbeitet die GIZ in mehreren Arbeitsgemeinschaften mit Partnern aus verschiedenen Ländern der EU und weiteren Ländern zusammen.

Für alle Arbeitsgemeinschaften gilt, dass jedes Mitglied dem Auftraggeber gegenüber gesamtschuldnerisch haftet. Eine Haftungsminimierung der GIZ ist durch die Federführung und durch die Bereitstellung von Projektmitteln im Rahmen des Projektfortschritts gegeben, daher wird nicht mit einer Inanspruchnahme gerechnet. Zum Bilanzstichtag bestehen insgesamt 19 Arbeitsgemeinschaften. In sechs dieser Arbeitsgemeinschaften ist die GIZ federführend tätig.

Das Risiko aus der Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften beläuft sich per 31. Dezember 2019 auf 733.416 €. Mit einer Inanspruchnahme wird aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre nicht gerechnet.

IM JAHRESDURCHSCHNITT BESCHÄFTIGTES PERSONAL

	2019	2018
Inlandsmitarbeiter*innen	2.334	2.269
Projektmitarbeiter*innen (Inland)	2.007	1.779
Auslandsmitarbeiter*innen	2.499	2.389
GIZ gesamt (ohne Nationales Personal)	6.840	6.437
Nationales Personal	14.674	13.778
GIZ gesamt	21.514	20.215

ANGABEN ZUM AUFSICHTSRAT UND ZUM VORSTAND

AUFSICHTSRAT

VORSITZENDER

Martin Jäger

Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn

1. STELLV. VORSITZENDER

Jan Wesseler

Leiter Projekt Be- und Entfristung in der GIZ, Eschborn

2. STELLV. VORSITZENDE

Dr. Wibke Thies

Senior-Ländermanagerin in der GIZ, Eschborn (ab 1. August 2019)

2. STELLV. VORSITZENDER

Dr. Stephan Krall

GIZ, Eschborn (bis 31. Juli 2019)

Claudia Dörr-Voß

Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

Christiane Einfeldt

Landesdirektorin GIZ, Sri Lanka (ab 1. Juni 2019)

Anja Hajduk

MdB, Berlin

Michael Hinterdobler

Ministerialdirigent, Bayerische Staatskanzlei

Armin Hofmann

Programmleiter in der GIZ, Myanmar

Carsten Körber

MdB, Berlin

Birgit Ladwig

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) – Bundesverwaltung, Berlin

Christine Lambrecht

Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, Berlin (bis 26. Juni 2019)

Dr. Joachim Langbein

Projektleiter in der GIZ, Bonn (ab 1. April 2020)

Antje Leendertse

Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, Berlin (ab 1. April 2019)

Michael Leutert

MdB, Berlin

Walter J. Lindner

Botschafter, Indien (bis 31. März 2019)

Stefan Mager

Projektleiter in der GIZ, Berlin (ab 1. Januar 2020)

Dr. Sabine Müller

Bereichsleiterin in der GIZ, Eschborn

Jens Neumann

Betriebsrat der GIZ, Eschborn (bis 31. Mai 2019)

Dr. Peter Ramsauer

MdB, Berlin

Mariella Regh

Beraterin in der GIZ, Bonn (bis 31. Dezember 2019)

Thomas Schenk

Landesfachbereichsleiter Landesbezirk Hessen, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Frankfurt am Main

Paul Schlüter

Betriebsrat der GIZ, Bonn (bis 31. März 2020)

Wolfgang Schmidt

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Berlin (ab 27. Juni 2019)

Tobias Schürmann

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin

Sonja Steffen

MdB, Berlin

VORSTAND

Tanja Gönner

(Sprecherin des Vorstands)

Dr. Christoph Beier

(Stellvertretender Sprecher des Vorstands bis 31.12.2019)

Thorsten Schäfer-Gümbel

(ab 1.10.2019)

ANGABEN ZUR VERGÜTUNG

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder enthält in der Regel zusätzlich zu einem fixen Gehalt einen variablen Bestandteil. Für tätige Vorstandsmitglieder beliefen sich die Gesamtbezüge im Geschäftsjahr 2019 auf 645.017 €.

Für die aktiven Vorstände besteht zum 31. Dezember 2019 eine mittelbare Pensionsverpflichtung in Höhe von 2.999.952 € sowie eine arbeitgeberfinanzierte Unterstützungskassenzusage in Höhe von 86.194 €. Zur Finanzierung dieser Pensionszusagen hat die GIZ im Jahr 2019 Zuwendungen in Höhe von 258.687 € an die GIZ Unterstützungskasse GmbH und von 28.615 € an die Alte Leipziger Unterstützungskasse e.V. gezahlt.

	Fixum	Variable Vergütung	Gesamt	
	€	€	€	
Tanja Gönner	248.161	34.333	282.494	
Dr. Christoph Beier	253.239	34.000	287.239	
Thorsten Schäfer-Gümbel	50.000	0	50.000	
Dr. Hans-Joachim Preuß	0	12.875	12.875	
Sonstige Vergütungs- bestandteile			12.409	
Summe Gesamtbezüge			645.017	

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden 2019 lediglich die entstandenen Reisekosten in Höhe von 31.083 € erstattet, eine gesonderte Vergütung erfolgte nicht. Für ein ehemaliges Mitglied des Vorstands wurden im Geschäftsjahr Beihilfen in Höhe von 2.200 € gezahlt.

Für ein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung besteht eine Rückstellung für Übergangsgeld in Höhe von 524.913 €. Die Zahlungen für Übergangsgeld im Jahr 2019 beliefen sich auf insgesamt 102.828 €. Die mittelbare Pensionsverpflichtung ehemaliger Geschäftsführer und Vorstände beträgt 12.040.618 €.

KREDITE AN ORGANE DER GESELLSCHAFT

	in €
Arbeitnehmer im Aufsichtsrat	
Darlehen am 1.1.2019	12.797
Tilgungen	10.410
Stand am 31.12.2019	2.387

Die Laufzeit beträgt einheitlich 15 Jahre und 2 Monate, der Zinssatz 2,5 % p. a.

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG VON AUFSICHTSRAT UND VORSTAND

Aufsichtsrat und Vorstand erklären, dass den Regelungen und Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Bundes – mit Ausnahme der unter Ziff. III dargestellten Abweichungen – in der GIZ GmbH entsprochen wurde und entsprochen wird.

Bonn/Eschborn, den 12. Mai 2020

Der Vorstand

Tanja Gönner Thorsten Schäfer-Gümbel Sprecherin des Vorstands Mitglied des Vorstands

ANLAGE ZUM ANHANG

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS IM GESCHÄFTSJAHR 2019

	Anschaffungskosten und Herstellungskosten					
	Vortrag zum 1.1.2019	Nachrichtlich zuwendungs- finanziertes AV Zugänge ¹	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2019
	in €	in €	in €	in €	in €	in €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7.754.591	-10.521	741.681	0	35.102	8.461.170
	7.754.591	-10.521	741.681	0	35.102	8.461.170
II. Sachanlagen						
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	249.086.464	0	20.677.009	122.697.330	9.342	392.451.461
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	50.542.860	-1.264.842	15.257.307	174.117	2.825.859	63.148.425
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	122.871.447	0	0	-122.871.447	0	0
	422.500.771	-1.264.842	35.934.316	0	2.835.201	455.599.886
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	75.881		0	0	50.881	25.000
2. Beteiligungen	535.862		0	0	0	535.862
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	162.667.809	0	0	0	0	162.667.809
4. Sonstige Ausleihungen	507.066		0	0	95.339	411.728
5. Ansprüche aus Verwaltungs- kostenguthaben	17.774.687	0	2.249.493	0	0	20.024.180
	181.561.305	0	2.249.493	0	146.220	183.664.578
	611.816.667	-1.275.363	38.925.490	0	3.016.523	647.725.634

¹ Die Anschaffungskosten wurden mit den Investitionszuschüssen verrechnet. Es können Rundungsdifferenzen von +/- 1 € auftreten.

Buchwerte		Abschreibungen					
31.12.2018	31.12.2019	Stand am 31.12.2019	Abgänge	Zuschreibungen	Umbuchungen	Geschäftsjahr	Vortrag zum 1.1.2019
in T€	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €
2.209	2.198.749	6.262.421	34.625	0	0	751.273	5.545.773
2.209	2.196.749	0.202.421	34.023			/51.2/3	0.040.773
2.209	2.198.749	6.262.421	34.625	0	0	751.273	5.545.773
183.642	320.901.089	71.550.372	3.925	0	0	6.110.100	65.444.197
18.283	26.207.378	36.941.047	2.705.333	123	0	7.386.775	32.259.728
122.872	0	0	0	0	0	0	0
324.797	347.108.467	108.491.419	2.709.258	123	0	13.496.875	97.703.925
76	25.000	0	0	0	0	0	0
536	535.862	0	0	0	0	0	0
162.668	162.667.809	0	0	0	0	0	0
417	343.926	67.802	22.368				90.170
17.774	20.024.180	0	0	0	0	0	0
181.471	183.596.777	67.802	22.368	0	0	0	90.170
508.477	532.903.993	114.821.642	2.766.251	123	0	14.248.148	103.339.868

BESTÄTIGUNGS-VERMERK DES ABSCHLUSS-PRÜFERS

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bonn/Eschborn.

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bonn/Eschborn, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

 wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATES FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

• identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher
Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht,
planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion
auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als
Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das
Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht
aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei
Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten,
irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen
interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 12. Mai 2020

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dirk Fischer ppa. Ute Hanf Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüferin

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 32 + 36 53113 Bonn, Deutschland

T +49 228 44 60-0

F +49 228 44 60-17 66

E info@giz.de

I www.giz.de

Dag-Hammarskjöld-Weg 1–5 65760 Eschborn, Deutschland

T +49 61 96 79-0

F +49 61 96 79-11 15

l linkedin.com/company/gizgmbh

t twitter.com/giz_gmbh

LEKTORAT:

textschrittmacher, Lübeck

GESTALTERISCHE KONZEPTION UND SATZ:

Kirchhoff Consult AG, Hamburg

DRUCK:

Druckerei Lokay e. K. Königsberger Str. 3 64354 Reinheim

Klimaneutraler Druck auf 100% Recyclingpapier

PAPIER:

Umschlag: BalancePure weiß 350 g/m² Innenteil: BalancePure weiß 120 g/m²

Sowohl das Umschlagpapier als auch das Papier der Innenseiten sind mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.







ERSCHEINUNGSDATUM:

Juli 2020

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn

 Friedrich-Ebert-Allee 32 + 36
 Dag-Hammarskjöld-Weg 1 - 5

 53113 Bonn, Deutschland
 65760 Eschborn, Deutschland

 T +49 228 44 60-0
 T +49 61 96 79-0

 F +49 228 44 60-17 66
 F +49 61 96 79-11 15
 F +49 228 44 60-17 66

F +49 61 96 79-11 15

E info@giz.de l www.giz.de

l linkedin.com/company/gizgmbh

t twitter.com/giz_gmbh